

Bezugspreis:

Einzelheft 30 Pf., monatlich 10 Pf., ...

Anzeigenpreis:

Die Anzeigenpreise ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Sonnabend, den 19. Juni 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Alles gefährdet!

Arbeiter! Angestellte! Beamte!

Als Ihr am 6. Juni in großer Zahl ...

Wenige Tage haben genügt, um Euch klarer sehen zu lassen.

Damit hat das Zentralkomitee der U. S. P. alle Errungenschaften der Arbeiter, Angestellten und Beamten auf das schwerste gefährdet.

In weiten Kreisen der Arbeiter, Angestellten und Beamten herrscht Enttäuschung und Erbitterung über diese Preisgabe ihrer wichtigsten Interessen durch das Zentralkomitee der U. S. P.

Liste der sozialdemokratischen Partei!

Die Demokraten entscheiden!

Die Entscheidung in der inneren Krise ist noch immer nicht gefallen.

Die Verhandlungen Fehrenbachs mit der Deutschen Volkspartei haben am gestrigen Tage Fortschritte gemacht.

Sollten die Demokraten die Teilnahme an der Regierung ablehnen, so wird Fehrenbach seinen Auftrag in die Hände des Reichspräsidenten zurückgeben.

Die Gegner der Teilnahme an der Regierung stellen sich auf den Standpunkt, daß das Kabinett durch den Austritt der Sozialdemokraten vor dem Ausland keinen demokratischen Charakter verlieren wird.

Der gesunde Klasseninstinkt der Arbeiter, Angestellten und Beamten hat begriffen, daß sich das Zentralkomitee der U. S. P. auf einen verhängnisvoll falschen Weg verirrt hat.

Arbeiter! Angestellte! Beamte! Morgen ist Gemeindevahl für Groß-Berlin!

Wollt Ihr in der Groß-Berliner Gemeindepolitik ähnliche Erfahrungen machen wie in der Reichspolitik?

Die Gemeindevahl trifft Eure nächsten materiellen Interessen, sie ist nicht weniger wichtig als die Reichstagswahl.

Bei Euch steht es, Euch durch die Wahl von Mitgliedern der alten Sozialdemokratischen Partei eine Vertretung zu geben, die nicht nur große Worte macht, sondern das Beste für Euch herauszuholen sucht.

Zeigt, daß Ihr nicht einverstanden seid mit einer Politik der bloßen Verneinung und Passivität! Geht morgen, Mann für Mann, Frau für Frau zur Urne und wählt die

wicht auf das Verhalten der Sozialdemokratischen Partei in der Donnerstagssitzung des Reichstags, in der die neue Regierung sich vorstellen und ihr Programm entwickeln soll.

Die kleine Bayerische Volkspartei, der in der neuen Kombination eine wichtige Aufgabe zufällt, hat der Veränderung ihrer Rolle bereits durch eine Sühänderung im Reichstag Ausdruck gegeben.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion tritt am Dienstag, den 22. Juni, nachmittags 3 Uhr, in ihrem alten Beratungszimmer im Reichstag zusammen.

Der sozialdemokratische Parteitag. Der sozialdemokratische Parteivorstand hat beschlossen, den nächsten ordentlichen Parteitag in der ersten Hälfte des Oktober nach Kassel einzuberufen.

Gemeindegewahl und Wahlen.

Von Emil Dittmer.

Weit über 50 000 Gemeindegewahl und deren Familien sind an dem Ausgange der Stadterordnetenwahlen vom 20. Juni 1920 noch in erheblichem Maße interessiert.

Jahrzehntelang hat die Organisation der Gemeinde- und Staatsarbeiter vergeblich die Forderung gestellt, auf tariflicher Basis mit ihr zu verhandeln.

Deute, wo manchem diese Errungenschaften als eine Selbstverständlichkeit erscheinen — obwohl er selbst wenig dazu beigetragen —, ist es geboten, daran zu erinnern, daß ohne die beiden starken Faktoren: die gewerkschaftliche Organisation, wie die sozialdemokratische Fraktion, ein solch gewaltiger Umschwung nie und nimmer zu verzeichnen gewesen wäre.

Es hat bis in die letzten Tage — z. B. beim Abschluß des Manteltarifs — noch erhebliche Anstrengungen gekostet, um dem Magistrat das volle Verständnis für Arbeiter- und Angestelltenfragen abzurufen.

Fast ebenso wichtig als die Lohnfragen sind aber auch die rechtlichen Verhältnisse der Gemeindegewahl im Arbeitsprozeß selbst. Hier war die sozialdemokratische Fraktion andauernd bemüht, ganz neue fortschrittliche Gesichtspunkte durchzusetzen.

Einstmals — vor wenig Jahren — hätten sich die Verwaltungsdirektionen als unumschränkte Herren ihres Gebietes, denen nicht einmal der Magistrat dreinreden durfte, heute sind die mit weitgehenden Befugnissen ausgestatteten Betriebsräte da, die sich mit wachsendem Verständnis in den Produktionsprozeß einarbeiten und vielfach neue Anregungen für die Verwaltungen geben.

Diese Tätigkeit der Betriebsräte ist zugleich ein Beweis dafür, daß auch auf dem Boden des von der U. S. P. so in Grund und Boden kritisierten Betriebsrätegesetzes etwas Ersprießliches geleistet werden kann, wenn nur solche Angestellte oder Arbeiter zu Betriebsräten gewählt werden, die das Gesetz und die ihnen übertragenen Befugnisse im Interesse ihrer Wähler anzuwenden verstehen.

Das System geht nicht mehr einzig von oben nach unten, sondern vielfach wird von unten auf Hand angelegt und mancher allzu bürokratisch veranlagte höhere Beamte hat umlernen müssen.

Das alles und vieles andere steht am 20. Juni auf dem Spiel und es darf nach den Erfahrungen des 6. Juni mit Nachdruck daran erinnert werden, daß eine Politik des Protestes und der Opposition im Gemeindeparkament wahrlich die denkbar ungeeignetste ist für die gesamte Arbeiterschaft.

Wir wollen und wir können ein sozialistisches Neu-Berlin schaffen, das den schwerfälligen Verwaltungsapparat vermindert. Es muß an verschiedenen Stellen zentralisiert, an anderen aber auch erheblich mehr die Selbstständigkeit der einzelnen Verwaltungseinheiten gefördert werden.

Die bürgerlichen Vertreter sind sich einig, daß mit diesen planvollen sozialistischen Experimenten abgebaut werden muß. Die Unabhängigen — denen zugestanden werden kann, daß sie in den Kommissionen unsere positive Arbeit oft unterstützten — schlugen im Plenum manchmal so wunderliche Töne an, daß sie zuweilen ihre eigene Vorarbeit gefährdeten oder sogar im Stich ließen.

Solche unsterke, vorwiegend auf äußerlichen Tribünenerfolg eingestellte Politik kann nicht im Interesse eines stetig aufwärts drängenden Gemeindefortschritts sein. Darum werden kommunalpolitisch geschulte Arbeiter und Angestellte gut daran tun, die Vertreter der alten Sozialdemokratie zu wählen.



# Stimmenkauf der Deutschen Volkspartei?

Man schreibt dem „Vorwärts“ aus Duisburg: Im 26. Wahlkreis hat in den Orten, die bei den Wahlen in der Kampfbahn lagen, die deutsche Volkspartei besonders stark an Stimmen zugenommen. In einzelnen Orten trat das sehr augenfällig in Erscheinung, so daß anzunehmen war, daß die Stimmenzunahme der deutschen Volkspartei nur auf irgend welche Beeinflussung zurückzuführen sein müßten, insbesondere fiel es auf, daß Zentrumsanhänger sich stark für die deutsche Volkspartei ins Zeug legten. Des Rätsels Lösung dürfte folgender Brief bringen:

Duisburg-Ruhrort, den 8. Juni 1920.

Sehr geehrter Herr!

Auf Veranlassung der beiden an erster Stelle Unterzeichneten ist aus Kreisen der Industrie ein Fonds zusammengebracht worden, um Landwirten unserer Gegend, die durch die Ereignisse im März und April erheblich geschädigt und in ihrer wirtschaftlichen Existenz gefährdet sind, eine Beihilfe zur schließlichen Wiederbeschaffung namentlich des ihnen abhanden gekommenen lebenden und toten Inventars zu gewähren. Wir haben uns dazu vor allem berufen gefühlt, weil wir auch leider hier wieder beobachten müssen, daß die Regierung ihre zweifellos vorhandene Pflicht zur Unterstützung der Geschädigten überhaupt nicht oder so langsam erfüllt, daß sie zu spät kommt. Industrie und Landwirtschaft sind vor allem in unserem Bezirk auf Gedeih und Verderb miteinander verbunden. Es ist darum den an der Auffüllung des Fonds Beteiligten eine Freude, gerade in diesem Falle die geschädigte Landwirtschaft zu unterstützen.

Leider reichen die Mittel nicht aus, um alle Schäden zu ersetzen. Der Schadenersatzanspruch gegen Reich und Gemeinde bleibt ja auch bestehen. Wir haben uns daher veranlaßt gesehen, die Unterstützung des landwirtschaftlichen Kreisverbandes in Anspruch zu nehmen, damit dieser im Einverständnis mit seinen Vertrauensleuten und den in Betracht kommenden Behörden und diejenigen Landwirte namhaft macht, denen in besonderem Maße Hilfe not tut. Auf Grund dessen machen wir uns die Freude, Ihnen einen Betrag von ..... M. zur Deckung Ihrer Schäden anzubieten, wobei wir bemerken, daß der Schadenersatzanspruch an Reich und Gemeinde in voller Höhe bestehen bleibt, und daß Ihnen der hiermit angebotene Betrag nicht angerechnet werden darf, da wir außerdem sicher sind, daß eine Ihnen etwa zugute kommende Entschädigung von Reich und Gemeinde wegen den tatsächlichen Schäden doch nicht voll ersetzt wird. Wir stellen Ihnen anheim, den angegebenen Betrag in der Zeit vom 5. bis 12. Juni an der Kasse der Niederrheinischen Bank A.-G. in Wesel vom Konto Industriehilfe unter Vorgeigung dieses Schreibens und persönlicher Legitimation abzuholen. Empfangsbekanntigung dieses Schreibens erbitten wir an den mitunterzeichneten Oberbürgermeister Dr. Most, M. d. R.

Mausch,

Kommerzienrat Dr. Ing. h. c., Generaldirektor der Gulchhoffnungshütte, Vorsitzender der Niederrheinischen Handelskammer Duisburg-Wesel-Oberhausen.

Freiherr von Plettenberg-Rehrum,

Vorsitzender des landwirtschaftlichen Kreisverbandes Dinslaken. Haus Rehrum bei Börde (Niederrhein).

Dr. Most,

Oberbürgermeister, M. d. R., Duisburg-Ruhrort.

Interessant an dem Schreiben ist, daß die Empfangsbekanntigung Herrn Dr. Most gesandt werden sollte. Dieser Dr. Most war zufällig (!) der Spitzenkandidat der deutschen Volkspartei. Nach Bekanntwerden dieses Schreibens braucht die deutsche Volkspartei auf ihren Erfolg sicher nicht mehr zu sehr zu pochen. Daß das Schreiben seine Wirkung getan hat, wird von vielen Seiten bestätigt. So meldet zum Beispiel ein Parteigenosse aus Wesel, daß in einer ganzen Anzahl von Orten Landwirte 2 bis 3 Tage vor der Wahl 100 M. und mehr mit dem abgedruckten

# Max Weber.

Von Immanuel Birnbaum.

Als „heimlichen Kaiser des geistigen Deutschland“ feierte den man aus wertvollen Gegenwartsbüchern gerissenen Forscher manche Kunde seiner Schüler und Jünger, zu denen russische und ungarische Kommunisten, deutsche Sozialisten, Demokraten und Monarchisten, westeuropäische und amerikanische Republikaner gehörten, Juristen, Historiker, Nationalökonomien, Fachphilosophen, dazu manch ernster Künstler. Der heimliche Kaiser...! In der Sicht hätte es dem von aller Eitelkeit freien Mann keiner gesagt. Ein holländischer Hinweis auf den so gründlich von ihm erbrachten wissenschaftlichen Nachweis wie wenig Heil ein Kaiser Deutschland heute bringen kann, wäre die Antwort gewesen.

Max Webers wissenschaftliche Leistung zu würdigen ist hier nicht unsere Sache. Dieser „Soziologe“ hat jede der Disziplinen, für die er gewirkt hat, von den ersten Werken des Handelsrechtlers und römischen Agrarhistorikers Mommsens bis zur Schulung bis zu den methodologischen Abhandlungen und den monumentalen Skizzen zur Weltgeschichte der Religion aus den letzten Jahren, als Bachmann beherrschte; ein Grundbesitzer der Wissenschaft. Nur ein Hinweis auf die Bedeutung der Grundauffassung Karl Marx' und der Marxisten für Webers Leistung sei erlaubt. Webers zeitweiliger Weggenosse Ernst Troeltsch ist diesem Einfluß hysteresis (in einer Abhandlung der „Historischen Zeitschrift“, S. 120) nachgegangen. „In der Praxis seiner Forschung... scheint insbesondere gerade Marx auf ihn einen tiefen und dauernden Eindruck gemacht zu haben... Auch hat er auf die Bilder dieser großen Zusammenhänge überall die marxistische Fragestellung nach dem Zusammenhang von Unterbau und Überbau angewandt und gerade hiermit die interessantesten und bedeutendsten Ergebnisse seiner Forschung erzielt. So hat er in seiner römischen Agrargeschichte die Geschichte des Grundbesitzes, oder, wie Marx sagt, die Geheimgeschichte des Adertums erleuchtet, von hier aus den Untergang der Antike und den Übergang über die Rückkehr von der Städtewirtschaft zur Naturalwirtschaft des Mittelalters klargestellt. Seine Arbeit über Agrargeschichte im Handwörterbuch der Staatswissenschaften hat die gleiche Fragestellung auf das gesamte Altertum und Neuplaton und Aien, die großen auf Agrararbeit beruhenden Stromstaaten, ausgebeugt und konstituiert ihren Gegensatz gegen die binnenländische, auf freier Arbeit beruhende Struktur des westeuropäischen Abendlandes, sowie den Gegensatz der antiken Polis gegen die mittelalterliche Gewerbestadt. Die Entstehung des modernen Kapitalismus hat er dann glänzend erhellt durch die Untersuchungen über die Entstehung der ihm nötigen Wirtschaftsgüter aus dem calvinistischen Puritanismus, ohne zu verkennen, daß dann dieser selbst unter die Räder der ökonomischen Massenschichtung kommt, auch ohne zu übersehen, daß zu dieser Urjahrenkomponente noch viele andere hinzukommen. Schließlich hat er die hiermit

Schreiben zugestellt erhalten. Daß eine derartige Agitationmethode, wie sie von den Herren Dr. Most und Konsorten hier beliebt wurde, verurteilt stark nach Stimmenkauf schmeckt, liegt doch klar auf der Hand. Die deutsche Volkspartei tritt wahrlich nun in die Regierung ein und es wird sich ja jetzt zeigen, ob sie imstande ist, die Entschädigungsfrage schneller zu regeln als die alte Regierung.

# Das Schuldkonto der U. S. P.

Im Kleinen wie im Großen.

Bei der Magistratswahl in Lehe (Sannover) hatten es die Unabhängigen in der Hand, eine sozialistische Mehrheit in der Stadterverwaltung zu bilden. Nach ihrer Fraktionsstärke im Bürgerverordnetenkolleg (Stadterordnetenversammlung) hätten den U. S. P. zwei Magistratsitze zugestanden, die mit den vier der Sozialdemokraten in dem im ganzen zehnköpfigen Magistrat die absolute Mehrheit gebildet hätten.

Die unabhängigen Kommunalbeamteten verzichteten aber darauf mit dem fadenförmigen Grunde, daß sie zwar bereit seien, einen rein sozialistischen Magistrat zu bilden, aber aus „Grundfähigkeit“ nicht in einen Magistrat eintreten könnten, in dem die bürgerlichen Parteien dann die Mehrheit gebildet hätten. Dabei wußten die U. S. P. gut genug, daß auch für die Magistratswahlen die Verhältniswahl gesetzlich festgelegt ist, das Bürgerrecht aber gar nicht ausgeschaltet werden kann.

Die Unabhängigen im Leher Rathaus gingen aber noch weiter. Wenn sie schon nicht selbst zwei Magistratsvertreter stellen konnten oder wollten, so hätte es nahe gelegen, dann wenigstens für die sozialdemokratische Liste zu stimmen, unerschrocken etwa als „kleineres Uebel“, um wenigstens so eine sozialistische Mehrheit zu sichern, da dann die beiden Sitze der Sozialdemokratischen Partei sicher zugefallen wären. Statt dessen trieben sie Obstruktion und entzogen zur Wahlführung nur zwei Hochposten, die sich nicht an dem Wahlakt beteiligten. Sie erzielten damit, daß unserer Partei nur ein Sitz zufiel. Der andere wurde durch die unabhängige Liste den Bürgerlichen zugespielt.

Damit erhielt der Magistrat eine Zusammensetzung von fünf Sozialdemokraten zu fünf Bürgerlichen. Die Gelegenheit, die Mehrheit für den Sozialismus zu erobern, wurde durch die Taktik der Unabhängigen verhindert.

Ein Beispiel im Kleinen dafür, wie die Unabhängigen es im Reich im Großen treiben. Das Schuldkonto der U. S. P. gegenüber der Arbeiterklasse wird immer noch mehr belastet.

# Neue deutsche Kriegspläne?

Durch die Auslandspresse — „Morningpost“ vom 2. Juni, nunmehr auch „Intransigent“ und „Straßburger Neueste Nachrichten“ — geht folgende Nachricht:

Die deutsche Regierung wird unmöglich die Genauigkeit der nachfolgenden Informationen leugnen können: Vor einigen Wochen fand in Berlin ein geheimes Rat statt. Einige Minister, nicht alle, wohnten dieser Beratung bei. Im Verlaufe dieser Beratung wurde die Möglichkeit eines bewaffneten Konflikts zwischen Deutschland einerseits und Frankreich und Polen andererseits erwogen. Der Reichswehrminister war gegenwärtig. Der Chef des Generalstabes erklärte die militärische Lage: Gegen Frankreich könnte Deutschland 700 000 Mann ins Feld stellen, gegen Polen 200 000 Mann. Diese militärischen Kräfte werden als genügend betrachtet, denn man könne auf gewisse Hilfsdienste rechnen, sowie auf eine rasche Verbollständigung der Effektivebestände durch gleichzeitige Einberufung mehrerer Reservestellen. Eine äußerst schwierige Beratung entwickelte sich darüber, ob Deutschland auf die Neutralität gewisser Staaten rechnen könne, doch ist die Faltung eines gewissen Staates nicht sehr sicher, und außerdem befürchtet man auch innere Wirren. Der „Intransigent“ erklärt sich bereit, die Wahrscheinlichkeit dieser Behauptungen zu beweisen, indem er Namen und Daten jederzeit zitieren kann.

Nach Rücksprache mit gutunterrichteter Seite schreiben die P. P. R. hierzu folgendes: Wie Dr. Wehler schon am 5. Juni in

eröffnete Fragestellung auf die Gesamtheit der großen Religionen in seinen Studien über die „Wirtschaftsethik der Weltreligionen“ übertrug und hier gezeigt, wie das Unterbau-Überbauproblem überhaupt keine allgemeine Lösung zuläßt, sondern immer und überall im Zusammenhang besonderer Verhältnisse ein individuell verschiedenes Bild darbietet. Alles Fragmente einer großen entwicklungsgeologisch-soziologischen Gesamtanschauung, die den Gedanken Hegels und Marxens auf völlig eigene Weise neu durchdenkt und der Historie damit neue Durchsichten von größter Bedeutung gibt.

Webers methodologische Kritik und Programmatik gehe, darauf weist Troeltsch hin, im Grunde andere Richtung als seine Historikerleistungen selbst. Auch diese Methodologie wäre aber mißverständlich, wollte man sie antimarxistisch deuten. Die „Verwissenschaftlichung“ der Geschichte, „Auffassungen“ ist heute ein Prozeß, der das marxistische wie jedes andere geschlossene Geschichtsbild erschoft hat. In seiner Geschichtsauffassung, die ihre Rechtfertigung ausschließlich der Wissenschaft danken will, wird auch Webers methodisch-zeitliche Arbeit (wie die historische verstreut in Zeitschriften-Abhandlungen besonders im „Archiv für Sozialwissenschaft“ und im „Logos“) noch große Dienste leisten können.

Politisch kam Weber aus der Atmosphäre der Nationalliberalen Partei der 80er Jahre, der sein Vater als Abgeordneter zugehörte. Von den innerpolitischen Anschauungen des Benningkess hat er jedoch wenig mehr als die Verjagung des Parlamentarismus behalten, von der sich die späteren Nationalliberalen dann abwanden. Um so mehr war in ihm von dem nationalen Pathos der Männer des Nationalvereins lebendig. Er glaubte an das Recht der Herrenvölker auf die Weltbeherrschung. Nicht an den Tag der „Deutschen“, der Deutschland als Lohn für den Hebermut seiner herrschenden Klasse in den Schoß fallen würde. „Franzosen und Russen gehört das Land, das Meer gehört den Briten“... Nicht aus der Bosheit der anderen, sondern wegen unserer inneren politischen Unfreiheit, die uns noch um unser Selbstbestimmungsrecht bringen wird, sagte Max Weber. Und fand mitten im Kriege auf und wandte sich in Warnungen vor für einen deutschen Professor unerhörtem Freimut und unerhörter politischer Sachlichkeit gegen Obrigkeitsstaat und Eroberungswahnsinn.

Weber war einer der wenigen bürgerlichen Demokraten, die die deutsche Demokratie nicht nur als Deutschlands trauriges, aber unabänderliches Schicksal, sondern als künftige Aufgabe erkannten. Sein verfassungspolitisches Grundbekenntnis war der Kampf gegen die Alleinherrschaft der Bürokratie, deren Anwachsen ins Unerlöste seit dem Zeitalter des Hochkapitalismus nun einmal notwendig sei. Bekannt sind seine tiefdringenden Untersuchungen, wie die deutsche Bürokratie durch Umwandlung unseres Verfassungsbaues wenigstens unter wirksamer Kontrolle zu bringen sei. Weber wurde daraufhin Mitglied des hohen Preussischen Verfassungsausschusses, der aber seine letzten Wünsche (Übernahme des englischen Wahlrechts der relativen Mehrheitsbildung in kleinen Wahlkreisen als Grundlage eines Zweiparteiensystems) nicht ohne

einem Interdikt an Mister Soundors, früherem Korrespondent der „Times“, erklärt hat, ist die vorstehende Nachricht vom Anfang bis zum Ende in das Reich der Fabel zu verweisen, insbesondere hat kein Minister einer Versprechung beigewohnt, in der auch nur indirekt oder bedingt solche Erörterungen geblieben wurden. Einen Chef des Generalstabes gibt es nicht mehr. Wer den seelischen Zustand des deutschen Volkes kennt, der sich bei Abwehr des militärischen Kupp-Putsches so elegant gezeigt hat, und der weiß, wieviel Waffen und moderne Geschütze auch nur zu der kleinsten aggressiven Unternehmung nötig wären, der muß erlauben, daß eine solche geradezu unfinnige Meldung in Anbetracht des von der Entente ständig kontrollierten Bestandes der deutschen Waffen in ersten Auslandsblättern Aufnahme finden konnte.

# Zeitvergeudung statt Verfassungsarbeit.

Im Verfassungsausschuß der Preussischen Landesversammlung sprach sich Dr. Berndt (Dem.) mit Entschiedenheit gegen die

Schaffung eines Staatspräsidenten

aus, der außer der Berufung des Ministeriums keinerlei Funktionen hätte und lediglich unnütze Reibungen in der Reichspräsidenten haben würde. Dem schlossen sich die Vertreter der Linksparteien, die Demokraten Dr. Preuß und Friedberg und Genosse Heilmann an, während die Rechtsparteien durch Dr. v. Rzes (Nat. Vp.) und Dr. Leidig (Dt. Vp.) hauptsächlich im Hinblick auf den Zusammenhang zwischen den Staatspräsidenten forderten. Dr. Lauscher (Ztr.) hielt grundsätzlich eine dauernde Staatspräsidentschaft für notwendig, glaubte aber nicht, daß das Amt eines preussischen Staatspräsidenten einen hervorragenden Mann voll ausfüllen könne.

Der Gedanke der Ersten Kammer

wurde von Dr. Berndt gleichfalls verworfen. Dagegen trat er für einen Staatsrat ein, der gegenüber dem vorgeschlagenen Finanzrat nicht nur zu finanzieren, sondern zu allen gesetzgeberischen Fragen müsse Stellung nehmen können. Er würde am zweckmäßigsten von den Provinziallandtagen gewählt, die ihrerseits aus dem Grundwahlrecht für alle über 20 Jahre alten Männer und Frauen hervorgingen. Bei unüberbrückbaren Meinungsverschiedenheiten zwischen Landtag und Staatsrat könne der Staatsrat die Vorkassabstimmung herbeiführen, andernfalls solle es letzten Endes beim Willen des Landtages bleiben. Für die Deutschnationalen stimmte Abg. Dr. v. Rzes dem Gedanken des Staatsrats zu. Neben die regional gewählten Vertreter müßten berufständische Vertreter treten. Dr. Leidig (Dt. Vp.) ist Gegner der Kammer der Arbeit und will die Mitglieder des Staatsrats aus Wahlen der Selbstverwaltungskörper aller Art hervorgehen lassen. Genosse Heilmann lehnte jede Art von Erster Kammer ab. Die einzigen Vorzüge des Herrenhauses, Unabhängigkeit und gelegentliche Rücksichtslosigkeit gegenüber Tagesströmungen, seien von keinem öffentlich tagenden Wahlparlament zu erreichen. Aber die ungeheure Erschwerung des Zweikammersystems bliebe dann ganz unnotigerweise in einem Preußen bestehen, das den größten Teil seiner Rechte verloren hätte. Gegen den Volkswillen gebe es keine andere Sicherung als den Appell von dem schlecht unterrichteten Wähler an den besser zu unterrichteten, an den, der durch Schäden klug geworden sei. Demgegenüber forderten die Abg. Dr. Preuß (Dem.) und Dr. Lauscher (Ztr.) eine Verteilung der preussischen Provinzen an der zentralen Staatsverwaltung. Ohne diese breite Preußen in kürzester Zeit auseinander. Dr. Friedberg (Dem.) hält grundsätzlich auch einen Staatsrat für notwendig und will in ihm Vertreter der Provinzen und der Zentrale vereinigen. Der Präsident des Staatsrats könne dann gewisse Funktionen des Staatspräsidenten übernehmen.

Sonnabend: Wetterberatung.

# Der Erntestreif.

Stettin, 18. Juni. (WB.) Der Landarbeitersstand in Hinterpommern gewinnt erheblich an Umfang. Im Kreise Köslin umfaßt er bereits über 30 Güter von 68, im Landkreise Stolp kann man fast von einem allgemeinen Aufstand sprechen. Zum Teil werden sogar die Rotstandsarbeiten verhindert und Arbeitswillige durch tätliche Angriffe gehindert, so daß die Milchlieferung nach den Städten teilweise aufhört.

gute Gründe ablehnte. Weniger bekannt sind Webers anregungsreiche Erörterungen der Möglichkeit demokratischer Kontrolle der Bürokratie nach dem vollen Siege des Sozialismus, dessen Tag er noch lange nicht für gekommen hielt und den er nicht wünschte. Andeutungen brachte ein fast gegen seinen Wunsch in Druck gegebener Vortrag „Der Sozialismus“, der 1918 in Wien erschien.

Max Webers Leistung ist die Grundlage der Arbeit einer jüngeren Generation der Wissenschaft und der Politik, die sie schlecht lohnen würde, wollte sie sie nicht zu „Überwinden“ versuchen. Von seiner mächtigen Persönlichkeit, die im tiefsten prophetisch wirkte, geben vielleicht am ehesten die wunderbaren, teils als Bekenntnis, teils als Programm, teils als wissenschaftliche Grundlegung auf unbedeutendem Gebiet erscheinenden Vorträge eine Ahnung, die ebenfalls fast gegen seinen Willen, die Münchener Freistudenten stenographieren und drucken ließen: „Wissenschaft als Beruf“, ein schmales Heft mit letzten persönlichen Entscheidungen und „Politik als Beruf“ (beide München 1919), eine Auseinandersetzung mit Bürokratie, Parteivöcken und „überparteilichem“ Literaturtum, die nicht ohne tiefe Wirkung geblieben ist.

Australien sperret die deutschen Bücher aus. Der amerikanische Staat Oregon steht nicht allein mit der kürzlich gesetzlich festgelegten Verfügung, daß alle nicht in englischer Sprache abgefaßten Vorträge nicht unterdrückt werden sollen, ein zumal in einem sogenannten Lande der Freiheit unerhörtes Vorgehen, durch das natürlich auch das deutsche Buch schwer getroffen wird. Jetzt legt Australien dieselbe Feindschaft an den Tag. Der Australische Bund hat ein Einfuhrverbot für alle Waren erlassen, die zu mehr als 5 Proz. deutschen Ursprungs sind. Damit ist die Einfuhr auch deutscher Bücher, Musikalien, Zeitschriften usw. in Australien unmöglich gemacht. Zur Beseitigung des Verbotes wird sich zurzeit leider noch nichts tun lassen, und es ist auch fraglich, ob das in absehbarer Zeit gelingt, denn hier treibt nachter Kapitalismus Politik, und für ihn sind auch Fragen der geistigen Kultur nur Fragen, deren Lösung brutaler Geschäftsprofit diktiert.

Der Deutsche Sprachunterricht in Elsaß-Lothringen. Eine allgemeine Konferenz der evangelischen Geistlichkeit Elsaß-Lothringens befürwortete mit Rücksicht auf das religiöse Leben einstimmig die Beibehaltung des deutschen Sprachunterrichts in den Volksschulen. Sie schalteten jedes politische Moment aus. Die politischen Momente aber haben den Ausschlag zu geben und fordern, ganz abgesehen von der politischen Vergangenheit des Gebiets, den deutschen Sprachunterricht schon deshalb, weil sich hier um eine an Deutschland grenzende Bevölkerung handelt, deren Leben mit den Nachbarn immer in Beziehungen bleiben wird.

Ausstellung von Erfindungen. Der Deutsche Erfinder-Schutzverband stellt aus in diesem Jahre wieder Erfindungen und Neuentdeckungen auf der Leipziger Technischen Messe (15. bis 21. August) aus. Anmeldungen müssen bis Ende Juli an den Verband gelangen. Näheres durch die Geschäftsstelle München, Rahmstr. 30.



# Groß-Berlin

## Wie wird am Sonntag gewählt?

Die Wahlhandlung für die Stadtverordnetenversammlung ist ebenso wie die für die Reichstagswahl öffentlich. Sie beginnt morgens um 8 Uhr und endet abends um 7 Uhr. Nur wer sich um 7 Uhr schon im Wahlraum befindet, kann seine Stimme noch abgeben.

Wahlberechtigt sind alle im Besitze der deutschen Reichsbürgerigkeit befindlichen Männer und Frauen, welche das 20. Lebensjahr am 30. Mai, dem Tage der Auslegung der Wählerlisten, vollendet haben. Bedingung ist, daß sie am 30. Mai ein Jahr im Bezirk der neuen Stadtgemeinde Berlin gewohnt haben. Es ist also gleichgültig, ob jemand etwa vom 30. Mai 1919 bis 1. Oktober 1919 in Treptow und vom 1. Oktober bis jetzt in Friedenau gewohnt hat, die Hauptsache ist, er hat seit einem Jahre seinen Wohnsitz innerhalb der Grenzen der neuen Stadtgemeinde gehabt.

Die Wahllokale sind im allgemeinen dieselben, wie die am 6. Juni. Nur in ganz wenigen Fällen machte sich eine Änderung notwendig.

Zusammen mit den Stadtverordneten werden die Bezirksverordneten gewählt. Es wird nur ein Stimmzettel abgegeben. Dieser enthält gleichzeitig den Kreiswahlvorschlag (Stadtverordnete) und den Bezirkswahlvorschlag (Bezirksverordnete).

Nachstehend veröffentlichen wir die Namen der Spitzenkandidaten der Sozialdemokratischen Partei:

Verwaltungsbezirk	Wahlkreis	Kreiswahlvorschlag	Bezirksverordnetenwahlvorschlag
Berlin-Mitte	I	Heimann	Ritter
" Tiergarten	II	"	Schuldt
" Wedding	III	"	Kraut
" Prenzlauer Tor	IV	"	Hoblenzer
" Friedrichshain	V	"	Brüchner
" Köpenick	VI	"	Drum
Charlottenburg	VII	Dr. Vorchardt	Dr. Vorchardt
Spandau	VIII	Hartung	Hartung
Wilmerdsdorf	IX	Dr. Holz	Lübemann
Rehndorf	X	Hymann	Nortern
Schöneberg	XI	Geminsk	Geminsk
Steglitz	XII	Hymann	Hymann
Tempelhofer	XIII	"	Uwals
Neußlin	XIV	Heimann	Heimann
Treptow	XV	Woid	Woid
Rövenitz	XVI	"	Meier
Nikolsburg	XVII	John	John
Weißensee	XVIII	Salfes	Sodan
Britz	XIX	"	Schmidt
Reinickendorf	XX	"	Jeising

Jeder Wähler hat vor allen Dingen darauf zu achten, daß er auch den für seinen Verwaltungsbezirk richtigen Stimmzettel erhält. Der z. B. in Berlin-Mitte einen Stimmzettel abgibt, der als Spitzenkandidat auf den Bezirksverordnetenwahlvorschlag den Namen Brüchner enthält, gibt eine ungültige Stimme ab. Im übrigen hat jeder Wähler darauf zu achten, daß er den Stimmzettel der richtigen Partei bekommt, und das ist der, der den Namen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands aufweist und am Fuße die Erklärung enthält: Angehörigen an den Stadtwahlvorschlag: Heimann.

## Segen der Erde.

Roman von Knut Hamjun.

Brede beschwichtigte seine Tochter und gab ihr zu verstehen, daß er am liebsten wieder ins Dorf ziehe, er könne es auf dem Debland nicht aushalten, sagte er, und allein aus diesem Grunde verkaufe er seinen Hof. Ja, aber im Grunde genommen war es nun nicht Brede Olsen, der verkaufte, sondern die Bank und der Kaufmann, waren es, die Breidablick zu Geld machten, aber um den Schein zu wahren, sollte es in Brede's Namen geschehen. Auf diese Weise glaubte er der Schande zu entgehen. Und Brede war auch gar nicht so sehr niedergedrückt, als Isak mit ihm zusammentraf, er tröstete sich damit, daß er ja immer noch Inspektor über die Telegraphenlinie sei; das sei eine sichere Einnahme, und mit der Zeit werde er sich schon wieder zu seiner alten Stellung im Dorfe, zum allgemeinen Helfer und Begleiter des Schultheißen, emporarbeiten. Natürlich war Brede auch gerührt gewesen. Das gehörte dazu: es sei ja so eine Sache, sich von der Stelle, die er lieb gewonnen und wo er so viele Jahre lang gelebt und gearbeitet habe, zu trennen. Aber der gute Brede ließ sich nie dauernd unterkriegen, das war seine gute Seite, das Anziehende an ihm. Er hatte einmal die Eingebung bekommen, Debland urbar zu machen, dieser Versuch war nicht glücklich ausgefallen, aber auf dieselbe lustige Weise hatte er auch in anderen Fragen gehandelt, und da war es ihm besser gelungen. Ja, wer konnte wissen, ob er nicht mit seinen Geheimsproben noch einmal gewaltige Geschäfte machte! Und jedenfalls war da Barbros, die er auf Maaneland untergebracht hatte! Sie komme ja nie wieder zum Arel Strom weg, das dürfte man wohl sagen, es sei jedermann offenkundig! Nein, so lange er seine Gesundheit habe und für sich und die Seinen schaffen könne, stehe es nicht schlecht, sagte Brede Olsen. Und gerade jetzt seien alle seine Kinder allmählich erwachsen, sie zögen fort und sorgten für sich selbst, sagte er. Selge sei schon bei der Öringfischerei, und Natrine komme zu Doktors in Dienst. Dann hätten sie nur zwei kleinere Kinder daheim — allerdings komme bald noch ein drittes dazu, aber...

Isak brachte aus dem Dorf eine Neuigkeit mit: Die Frau Schultheiß hatte ein kleines bekommen. — Jünger fragte plötzlich lebhaft: „Einen Jungen oder ein Mädchen?“ — „Das hab ich nicht gehört,“ antwortete Isak. „Also die Frau Schultheiß hat ein Kind bekommen, sie, die immer im Frauenverein gegen die überhandnehmenden

Nur wer diesen Zettel abgibt, hat von seinem Stimmrecht den richtigen Gebrauch gemacht.

Heute finden noch folgende Wählerversammlungen statt:  
Wilmerdsdorf, 8 Uhr in der Oberrealschule, Augusta-, Ecke Hindenburgstraße. Thema: Wählt Liste der S. P. D. Referenten: Die Kandidaten.  
Karlshorst, 7 1/2 Uhr bei Quitt, Treßdowallee 74. Referent: Wilhelm Guschke.  
Rehndorf, 7 1/2 Uhr im Restaurant Schulz. Referent: Genosse Stadtrat Hugo Pöschel.

## Zeitungsbezug während der Sommerreise.

Unsere Abonnenten, welche Wert auf regelmäßige Lieferung des „Vorwärts“ während ihrer Sommer- resp. Urlaubsreise legen, bitten wir nachstehende Zeilen zu beherzigen:  
Postbesitzer müssen die Umleitung an die neue Adresse mindestens 8 Tage vor Reisebeginn bei ihrem Postamt beantragen und ebenso vor der Rückreise bei der Post rechtzeitig die Rücküberweisung veranlassen. Für diese Umleitung verlangt die Post eine einmalige Gebühr von 2 Mark. Abonnenten, die ihre Zeitung durch die Botenfrauen beziehen, können sich den „Vorwärts“ unter Streifenband nachschicken lassen, wobei für Porto und Versand täglich 30 Pf., nach dem Ausland täglich 50 Pf. berechnet werden. Die Lieferung kann auch durch Postüberweisung erfolgen, aber nur bei längerem Aufenthalt (über 8 Tage innerhalb eines Kalendermonats an einem Ort). Hierbei werden berechnet Umleitungsgebühren von 2 Mark sowie 65 Pf. Beistellgeld für jeden angefangenen Monat, falls die Zustellung frei ins Haus erfolgen soll, bzw. 35 Pf. bei Abholung von der Post. Aufträge für solche Postüberweisungen müssen uns spätestens 8 Tage vor Reiseantritt gegeben werden, da sonst nicht mit einem pünktlichen Einsetzen der Postlieferung zu rechnen ist. Wir bitten unsere Leser, diese Aufträge direkt in ihrer zuständigen Filiale unter gleichzeitiger Zahlung der Gebühren zu erteilen.

## Ein vorgetäuschter Postraub.

### Steine statt Juwelen.

Eine überraschende Aufklärung hat ein vermeintlicher großer Postdiebstahl gefunden. Am 2. Juni gab eine Frau Dr. St. auf dem Postamt in Dalessee einen Wertbrief an einen Dresdener Juwelier auf. Nach der Deklaration sollte er für 200 000 Mark Schmuckstücke enthalten. Diese sollten von dem Juwelier teils verkauft, teils umgearbeitet werden. Bei der Ankunft in Dresden sahen die Postbeamten, daß von den acht Siegeln fünf beschädigt waren. Das wurde dem Juwelier mitgeteilt und dann der Brief in seiner und mehrerer Beamten Gegenwart geöffnet. Da ergab sich, daß er statt der Juwelen drei kleine Schottersteine enthielt.

Die Oberpostdirektion wandte sich nun an die Berliner Kriminalpolizei. Eine genaue Untersuchung des Briefumschlages ergab, daß seine Öffnung doch zu vorsichtig vorgenommen war, als daß der Täter sie auf der Bahnfahrt hätte bewerkstelligen können. Die Abfenderin wohnte sonst in Leipzig und war zum Besuch von Verwandten nach Berlin gekommen. Es fiel auf, daß sie die Schmuckstücke nicht schon von Leipzig, sondern erst bei ihrem Besuch von Dalessee nach

Geburten bei den Armen geeifert hatte. Man solle der Frau das Stimmrecht geben und ihr Einfluß auf ihr eigenes Schicksal einräumen, hatte sie gesagt. Jetzt war sie gesungen. „Ja,“ sagte die Frau Pastor, „sie hat ihren Einfluß wohl angewendet, hababa, und doch ist sie ihrem Schicksal nicht entgangen!“ Dieses wichtige Wort über Frau Generdahl ging im ganzen Dorf herum und wurde von sehr vielen verstanden; auch Jünger verstand es vielleicht, nur Isak verstand nichts.

Isak verstand zu arbeiten, verstand, seine Gantierung zu betreiben. Er war jetzt ein reicher Mann mit einem großen Hof, aber von dem vielen baren Geld, das ihm der Zufall in den Schoß geworfen hatte, machte er nur einen schlechten Gebrauch: er hob es auf. Das Debland rettete ihn. Hätte Isak im Dorf gewohnt, dann hätte vielleicht die große Welt auch etwas auf ihn eingewirkt, dort war so viel Schönes, so vornehme Verhältnisse, er würde Unnütziges gekauft haben und wäre am Werktag in einem roten Hemd gegangen. Hier im Debland war er gegen alle Verwundung geschützt, er lebte in reiner Luft, wusch sich am Sonntagmorgen und habete, wenn er droben am Gebirgsee war. Die tausend Taler — jawohl, ein Geschenk vom Himmel, jeden Heller davon zum Aufbewahren! Woju sonst? Isak konnte seine gewöhnlichen Ausgaben mit Leichtigkeit durch den Verkauf seiner Ertragnisse von dem Viehstand und den Feldern bestreiten.

Eieus mußte ja besser Bescheid, er hatte dem Vater geraten, sein Geld auf der Bank anzulegen. Es war auch wohl möglich, daß dies das Verständigste gewesen wäre, aber jedenfalls war es aufgeschoben worden, wurde vielleicht nie getan. Nicht, weil Isak immer des Sohnes Rat überhört hätte, Eieus war wahrlich nicht so schlimm, das hatte Isak in der letzten Zeit herausgefunden. Neht in der Gewerke hatte er es mit dem Mädchen versucht — nein, ein Meister wurde er darin nicht, und er mußte sich in Eieus' Nähe halten und sich von ihm jedesmal die Senke wegen lassen, aber Eieus hatte lange Arme und konnte das Geu wie ein ganzer Mann auffangen. Neht war er und Eieus und Leopoldine und Jenfane drüben auf der Wiese und setzten das erste Geu auf Socken, und Eieus schonte sich da auch nicht, sondern arbeitete mit dem Nechen, bis er Blasen bekam und mit verbundenen Händen gehen mußte. Seit mehreren Wochen schon hatte er keinen rechten Appetit gehabt, war aber deshalb doch nicht arbeitslos geworden. Ueber den Jungen mußte etwas Neues gekommen sein, es sah aus, als sei ein gewisses Mißgeschick in einer gewissen Liebesangelegenheit oder etwas anderes in dieser Richtung, ein großer Schmerz

Dresden gesandt hatte. Noch seltsamer war, daß niemand von ihren Angehörigen und Verwandten, weder hier noch in Leipzig, von den Schmuckstücken, die gestohlen sein sollten, etwas wußte. Keiner hatte sie jemals gesehen oder auch von ihnen nur gehört. Als man der Abfenderin endlich ihre Widersprüche und alles in Berlin, Leipzig und Dresden gesammelte Beweismaterial vorhielt, gab sie denn auch zu, den Diebstahl erdichtet und vorgekauft zu haben, um sich in den Besitz von 200 000 M. zu setzen. Die Dame ist sehr wohlhabend, hat aber wahrscheinlich für Kleidung und Schmuck mehr ausgegeben, als ihr möglich war, und ist dann auf den Gedanken gekommen, ihr Defizit durch einen Schwindel zu decken. Den Wert ihrer Sendung hatte sie mit 200 000 M. angegeben und an Porto 211.— M. gezahlt.

## Unabhängige Ausreden.

Endlich! — Nach dreimal vierundzwanzig Stunden findet die „Freiheit“ Zeit, auf unsere Feststellungen, die wir in der Abendausgabe vom Dienstag unter der Überschrift „Das unabhängige Doppelgesicht“ machten, zu antworten. Daß es dabei ohne Anpreisungen auf uns nicht abgeht, bedarf keiner Erwähnung. Wir hatten vom Schiffbauerdamm noch nie etwas anderes erwartet.

Zur Sache selbst weiß die „Freiheit“ zunächst zu bemerken, daß die ganze Geschichte ein „ausgeklachter Pottlöcherer Schwindel“ ist. Dann sagt sie: „Belegentlich der Bewilligung von 50 Prozent Steuerzuschlag sollen damals einige Führer sich dafür erklärt haben, um später doch dagegen zu stimmen.“ Wenn die „Freiheit“ durch das Wort „sollen“ den Eindruck erwecken will, als sei diese Angabe nicht richtig, so erklären wir, daß sich tatsächlich zwei der hervorragendsten Führer der Unabhängigen für die Annahme erklärt haben, dann allerdings umgefallen sind. Die Ablehnung begründet die „Freiheit“ damit, daß damals die Gefahr bestand, daß die Stadt vom Reiche nicht die Zuschüsse erhalten würde, die ihr in Aussicht gestellt waren. Dazu kamen noch andere Gründe. Was für Gründe dann noch kamen, sagt sie vorichtigweise nicht. Nun, so wollen wir es noch einmal sagen: Es war die Angst vor der eigenen Courage, die Angst, sich den Jörn der Massen anzugehen, die die Unabhängigen bestimmte, entgegen ihrer Heberzeugung zu stimmen. Charakteristisch für das schlechte Gewissen der Unabhängigen ist die Tatsache, daß die „Freiheit“ unsere Behauptung, die Stadtverordnetenfraktion habe fünfzehn Mann vor der Abstimmung abkommandiert, als eine „Phantasie“ bezeichnet, die der „einer Kartenlegerin gleichkommt.“ Mit dieser bimmigen Bemerkung glaubt sie, die Wahrheit aus der Welt schaffen und die Wähler für ihre Partei einfangen zu können. Das wird ihr aber nicht gelingen.

Das Verhalten der U. S. P. nach dem 6. Juni hat den Wählermassen gezeigt, in welcher gewissenlosen Weise die U. S. P. mit den Interessen der Arbeiterschaft umgeht und Schindluder treibt. Ein großer Teil der unabhängigen Wähler hat erkannt, daß diese Partei nichts anderes als schimpfen kann, daß ihr jeder Mut zur praktischen Mitarbeit fehlt. Viele von ihnen werden, angewidert durch dieses Maulheldentum, hinter dem auch nicht ein Funke von Verantwortungsgesühl steckt, am kommenden Sonntag der Unabhängigen Partei den Austritt verweigern, den die „Freiheit“ uns wünscht, indem sie ihre Stimme der Partei geben, die, wie bisher, so auch in Zukunft die Interessen der Arbeiterklasse gegenüber der bürgerlichen Gesellschaft erfolgreich vertreten wird, der Sozialdemokratie.

## Die Fernsprechteilnehmer wehren sich.

Wegen der Erhöhung der Fernspreckgebühren und Einforderung einer hohen „Kautions“ haben in verschiedenen Städten des Deutschen Reiches die Fernsprechteilnehmer sich zusammengesetzt. Gestern wurde in Berlin über die von Frankfurt a. O. aus angeregte Gründung eines Reichsausschusses der Fernspreckteilnehmer verhandelt, der auf Abhilfe oder mindstens

oder eine Enttäuschung, vom Guten für ihn gewesen. Seht, jetzt hat er sogar seinen letzten von der Stadt mitgebrachten Tabak aufgeraucht, und das hätte vielleicht unter anderen Umständen einen Skontorittin dazu bringen können, die Türe zuzuschlagen oder sich über dies und jenes hart auszusprechen; aber nein, Eieus wurde dadurch nur ein gefeierter Purtsche, fester in der Haltung, ja wahrlich ein Mann.

Auf was vertiel aber dann der Spohvogel Sivert, um ihn zu reizen?

An diesem Tag lagen beide Brüder auf Steinen im Fluß und tranken, und Sivert war so unvorsichtig, Eieus anzubieten, ihm ein besonders gutes Moos zu Tabak zu trocknen, — „oder vielleicht willst du es roh rauchen?“ fragte er. — „Ich werde dir Tabak geben,“ versetzte Eieus, indem er den Arm ausstreckte und den Brender bis an die Schultern ins Wasser tauchte. Da, da bekam er's! Sivert tauchte ganz unter und triefte nachher von Kopf bis zu Fuß.

„Ich glaube, Eieus' müßt sich allmählich zu einem tüchtigen Herl heraus,“ dachte der Vater, wenn er den Sohn bei der Arbeit sah. — „Hm, Ich fange an zu glauben, daß Eieus nun dabeimbleiben will, nicht wahr?“ fragte er Jünger. — „Sie sagte ebenso sonderbar vorsichtig: „Das könnte ich nicht sagen. Nein, das will er nicht.“ — „So, hast du mit ihm darüber gesprochen?“ — „Ach nein. Doch, ich hab' nur ein ganz klein wenig gesagt. Aber ich errate es.“ — „Ich möchte wissen, wie es wäre, wenn er einen eigenen Hof hätte?“ — „Wie?" — „Ob er ihn bebauen würde?“ — „Nein.“ — „So, hast du mit ihm darüber geredet?“ — „Darüber geredet? Sieht du nicht, wie verändert er ist? Ich kenne ihn gar nicht mehr.“ — „Du brauchst ihn nicht schlecht zu machen,“ sagte Isak unparteiisch. „Ich sehe nichts anderes, als daß er drauchen ein gutes Tagewerk vollbringt.“ — „So, ja, ja,“ antwortete Jünger schlüchtern. — „Ich weiß nicht, was du gegen den Jungen hast!“ rief Isak erzürnt. „Er leistet mit jedem Tag bessere Arbeit, kannst du mehr erwarten?“ — Jünger murmelte: „Er ist nicht mehr, wie er war. Du solltest mit ihm wegen der Weiten sprechen.“ — „Wegen der Weiten? Wie?" — „Er sagt, daß er im Sommer in der Stadt weiße Weiten getragen habe.“ — Isak dachte darüber nach und begriff nichts. „Aber kann er denn nicht eine weiße Weite bekommen?“ fragte er. Isak war verwirrt, das Ganze war natürlich nur ein Welbergeldschwäg, er meinte, der Junge sei mit der weißen Weite im Recht und begriff überdies nicht, was das bedeuten sollte, er wollte also rasch darüber weggehen. „Nun, was würdest du dazu sagen, wenn er Brede's Ansetzung zum Heranarbeiten befehle?“ — „Wer?“ fragte Jünger. — „Eieus.“ — „Bleidablick?“ fragte Jünger. — „Du das ja nicht.“



Widerung hintwickeln soll. Er will als Mitglieder nicht Einzel-  
personen aufnehmen, sondern ganze Organisationen, die am Fern-  
sprechen interessiert sind, besonders Vereinigungen von Handel-  
und Gewerbetreibenden. Bereits jetzt ist der Beitritt von Organi-  
sationen mit zusammen etwa 100 000 Mitgliedern in Aussicht ge-  
stellt, darunter namentlich von Gastwirtvereinigungen mit etwa  
80 000 Mitgliedern. Manche der kleinen Gewerbetreibenden, die  
den Fernsprecher für ihre Kundschaft haben müssen, würden genötigt  
sein, sich die Kautions gegen wucherhaft hohe Zinsen zu beschaffen.  
Nach den mit der Postverwaltung angebahnten Verhandlungen hofft  
man, daß sie darauf eingehen wird, die Kautions durch eine  
Vericherungsgesellschaft ausbringen zu lassen, die an  
der von der Post gewährten Verainigung noch profitieren würde. Die  
Fernspreckgebühren möchte man gestaffelt sehen, etwa  
nach der Anschluffzahl oder nach der Gesprächsdauer oder auch  
nach der Gewerbesteuerhöhe. Mehrfach wurde darauf hingewiesen,  
daß es Gastwirten und Zigarrenhändlern das Liebste wäre, wenn  
sie sich von der Kundschaft jedes einzelne Gespräch bezahlen lassen  
dürften. Einige Hoffnung wird auf den neuen Reichstag gesetzt,  
der vielleicht einem abgeänderten Gesetz seine Zustimmung geben  
werde. Den Vorschlag einer Massenklündigung der Fern-  
sprechanstalten, wie sie in manchen Städten schon erfolgt  
ist, sahen mehrere Redner als bedenklich an. Nach Beratung eines  
von einer Kommission vorgelegten Satzungsentwurfes wurden  
Beschlüsse einer nächsten Versammlung vorbehalten.

### Revison der Fernspreckgebühren?

Nach einer Mitteilung der Oberpostdirektion in Berlin sind  
die über einen erheblichen Verkehrsrückgang aus Anlaß der  
Gebührenerhöhung bei der Post verbreiteten Nachrichten nicht  
zutreffend. Allerdings ist eine ziffernmäßige Einschränkung  
des Verkehrs zu bemerken, die jedoch auch auf andere Ursachen  
zurückzuführen ist. Aus einer vorliegenden amtlichen Statistik für  
den Bezirk Groß-Berlin geht hervor, daß im Fernspreckverkehr von  
den 100 417 bestehenden Hauptanschlüssen 11 130, d. h. 8,9 Proz.,  
und von den 133 418 Nebenanschlüssen 4652, d. h. 3,5 Proz., ge-  
kündigt worden sind. Hieraus geht hervor, daß aus Gründen der  
Verkehrsabnahme innerhalb des Fernspreckverkehrs eine Revison  
der Fernspreckgebühren nicht unbedingt notwendig erscheint, ob-  
schon die Möglichkeit einer solchen nicht von der Hand  
gewiesen zu werden braucht.

### Die Schwurgerichtsverhandlung im Brandenburg- Zuchthaus.

Der Prozeß gegen die Reuterei im Brandenburgischen Zuchthaus  
begann gestern wie bereits mitgeteilt, in derselben Anstalt, da  
man das Bagatel, die Angeklagten mit dem zum Teil aus Zucht-  
häusern bestehenden Zeugen nach Potsdam zu transportieren, nicht  
unternehmen zu können glaubte. Vormittags wurde im großen  
Arbeitsaal des Brandenburgischen Zuchthaus die Sitzung er-  
öffnet. Als Anklagevertreter erschien Staatsanwalt Leisering. Im  
Hintergrunde des Verhandlungsraumes waren die Zuschauer unter-  
gebracht. Unter großer Spannung wurden in grauen Sträf-  
lingskleidern die Angeklagten hergeführt. Unter ihnen ragt die hohe  
Gestalt des märkischen Leutnants Schürki-Wei hervor. — Wir  
werden über das Urteil berichten.

Eine andere Reuterei in der Fäterboger Strafanstalt  
gelangte ebenfalls vor den Potsdamer Geschworenen zur Ver-  
handlung: Im April vorigen Jahres wurde der Gefangenenauf-  
seher Gaudke der Fäterboger Strafanstalt von fünf Sträflingen  
überfallen, geknebelt und wehrlos gemacht. Die Reuterei öffneten  
die Tür und entkamen. Zwei wurden wieder festgenommen. Die  
Potsdamer Geschworenen verurteilten einen der beiden, den kaum  
21-jährigen, schon zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilten An-  
geklagten Anton Szaranski wegen schwerer Reuterei zu  
fünf Jahren Zuchthaus.

Rein Brennholzverkauf nach Gewicht. Der Berliner Magistrat  
berücksichtigt eine Verarmung, nach der Brennholz im  
Straßenhandel nur im Dreifünftel und in geordneten  
Reihungen von der Berliner Brennholz-Beschaffungs-Gesellschaft  
von 0,05 Raummeter Inhalt (gleich auf 0,2 Quadratmeter) verkauft  
werden darf. Der Verkauf in anderen Schnittmengen und in anderen  
Reihen, insbesondere nach Gewicht, Kleinen und dergl. ist im Straßen-  
handel verboten. Zuwiderhandlungen werden bestraft.

Abstimmungsberichtigte Wähler! Am Sonntag-  
vormittag findet um 11 Uhr im Zirkus Busch die angekündigte  
große Kundgebung für die Abstimmungsgebiete statt. Unsere  
Bezirksgruppen gehen in geschlossenen Zügen dorthin. Der Haupt-  
vorstand stellt von Schloß Bellevue eine Kapelle zur Verfügung  
und erwartet hier die Verammlung der Bezirksgruppen Westens.  
Abmarsch vom Schloß 10 Uhr vormittags. — Gruppe Norden:  
Versammlung vormittags 10 Uhr auf der Spielwiese im Hum-  
boldthain! Von dort geschlossener Marsch zur Protestver-  
sammlung nach dem Zirkus Busch.

Republikanischer Führer-Bund. Heute, Sonnabend, abends 7 1/2 Uhr,  
Versammlung in Haberlands Festhale, Neue Friedrichstr. 35. Wichtige Tages-  
ordnung.

Hlg. Kranken- u. Sterbefälle der Metallarbeiter. (V. a. S.)  
Mittelschöneberg. Heute Generalversammlung bei Döhr, Martin-Luther-  
Straße 69, abends 8 Uhr.

Mariendorf-Süden. In der Gemeindevertretung gab  
der stellvertretende Gemeindevorsteher Genosse Waldheim die  
Erklärung ab, daß die in letzter Zeit durch die Ortspreste gegen ihn  
erhobenen Anschuldigungen zum großen Teil erloschen  
und erledigt sind. Er habe gegen sich beim Landrat des Kreises  
Teltein die Einleitung eines Disziplinarverfahrens beantragt.  
Seitens der Unabhängigen wurde hierauf der Antrag gestellt, daß  
Waldheim die Leitung des Gemeindevorstandes sowie der Ge-  
meindevertretung vorläufig niederlegen solle. Nach Widerspruch des  
Präsidenten wurde die Erklärung abgegeben, daß durch  
die Unabhängigen die Angelegenheit zurückgestellt werde. — Die  
Wahlen zum Verbandsausschuß des Krankenkassen-  
zweckverbandes ergaben 4 Sitze für die S. P. D., 4 Bürger-  
liche und 8 U. S. P. D. — Zur Ueberwachung der Felder sollen  
4 Flurwächter angestellt werden, damit die Felddiebstähle nicht  
überhand nehmen. Richter (U. S. P. D.) regte an, daß die größten  
Grundbesitzer einen Teil dieser Kosten mit übernehmen sollen.  
Die angeforderte Summe wurde einstimmig bewilligt. — Um den  
Beamten, Angestellten und Arbeitern in weitestem Maße das Mit-  
bestimmungsrecht zu sichern, wird ein Personal-Ausschuß  
gebildet, welcher aus einem Schöffen, drei Gemeindevorstern und  
je einem Vertreter der Beamten, Angestellten und Arbeiter zu-  
sammengesetzt wird. — Die Neuordnung der Beamtenbesol-  
dung soll nach dem Muster Tempelhof's vorgenommen werden,  
weil bei der Einheitsgemeinde Groß-Berlin ein Verwaltungsver-  
hältnis zustande kommt. Der gebaltete Vorbehalt soll aber für Mariendorf  
nicht angerechnet werden. Von der vorläufigen Erhebung der Ge-  
meindesteuern wird nach dem Bericht des Räumers Sach Kenntnis  
genommen und der Vorlage zugestimmt. — Zur Unterbrein-  
gung von 200 Kindern durch den Berliner Verein für  
Ferienkolonien wurde durch einen Dringlichkeitsantrag des Ge-  
meindevorstandes die Summe von 40 000 M. angefordert und von  
der Gemeindevertretung bewilligt. — Auf Antrag des Genossen  
Winte wird die Beratung über das Jugendamt zur nächsten  
Sitzung als erster Punkt auf die Tagesordnung gesetzt.

# Wahlhelfer heraus! Parteigenossen!

Der 20. Juni erfordert nicht nur eure Stimme, sondern  
auch eure tätige Mitarbeit. Gegenüber der fieber-  
haften Arbeit unserer Gegner müssen wir alle Kräfte an-  
spannen.

Jeder von euch wird zur Wahlhilfe gebraucht.

Wer in seinem Bezirk noch nicht eingeteilt ist, melde sich  
heute sofort in den nachstehend verzeichneten Zentral-Wahl-  
bureaus.

Durch Arbeit zum Sieg!

## S.-P.-D. - Zentralwahlleitung.

Das Zentralwahlbureau für die Stadtverordnetenwahl  
in Groß-Berlin befindet sich im Bezirks-Sekretariat, In den  
Zelten 23 p. und ist am Sonntag, den 20. Juni, von 10 Uhr  
morgens ab geöffnet. Alle wichtigen Mitteilungen sowie die  
Wahlresultate lasse man auf dem schnellsten Wege dorthin  
gelangen. Telefon: Hansa 1424, 1425, 1444, 1445, 1446.

## S.-P.-D. - Zentralwahllokale:

Berlin-Mitte.

Haberlands Festhale, Neue Friedrichstr. 35  
(Norden 4854).  
Krüger, Engelufer 13 (Mpl. 11 768).  
Große, Blumenstr. 88.  
Pfeiffer, Domburger Str. 2.  
Bürgerheim, Alte Schönhauser Str. 23/24 (Norden 1387).  
Bärwalde, Schlegelstr. 8 (Norden 4452).  
Dobroslaw, Svinemünder Str. 11 (Sumb. 271).

Berlin-Tiergarten.

Papenhofener Bräuerei, Turmstraße, Ecke Strom-  
straße (Hansa 183).  
Ernst Kracht, Lüchowstr. 106 (Lhw. 8712).  
Nationalhof, Bülowstr. 36 (Kur. 304).  
E. Berger, Lebehofstr. 21 (Mbt. 7067).  
Karl Schmidt, Bieleffstr. 17 (Hansa 663).  
Wilhelm Krüger, Alsenburger Str. 8 (Mbt. 7017).  
Liesch, Birkenstr. 44a (Hansa 642).  
Gußl, Dübner, Wilkader Str. 34 (Mbt. 9578).

Berlin-Weidling.

Meher, Panikstr. 82 (Mbt. 7774).  
Weyle, Gertrudstr. 12.  
Behrens, Tegeler Str. 22 (Mbt. 206).  
Gohmann, Stettiner Str. 48 (Sumb. 3263).  
Jägerid, Schwedenstr. 11 (Mbt. 2465).  
Groll, Henningsdorfer Str. 10 (Mbt. 1969).  
Senkel, Urechter Str. 10 (Mbt. 1998).  
Grumwald, Kameruner Str. 19 (Mbt. 2084).  
Schenk, Svinemünder Str. 53.  
Robert Goldbach, Binetaplatz 7 (Sumb. 3086).

Berlin-Frenzlauer Tor.

B. Burg, Frenzlauer Allee 180 (Sumb. 4066).  
Rößner, Immanuelstr. 25.  
Altmann, Khelestr. 2 (Sumb. 2414).  
Hermann Grünau, Stahlheimer Str. 34.  
Goldschmidt, Stolpische Str. 36 (Sumb. 2880).  
Königsstadt-Kasino, Schönhauser Allee 65.  
Gott, Kniprodestr. 8, Ecke Bardelebenstraße (Alex. 124).

Berlin-Friedrichshain.

Restaurant Schudert, Rübendorfer Straße 8  
(Alex. 1508).  
Lofal, Behmestr. 8 (Alex. 1508).  
Liedle, Bittauer Str. 5 (Rgt. 1082).  
Ruhn, Schreinerstr. 64.  
Rohndorf, Petersburger Str. 80 (Alex. 874).  
Carl Bauer, Gr. Frankfurter Str. 1 (Alex. 1462).  
Gott, Kniprodestr. 8, Ecke Bardelebenstraße (Alex. 124).  
Eichler, Gollnowstr. 13 (Alex. 242).

Berlin-Galejesches Tor.

Saal der juristischen Sprechstunde des "Vor-  
wärts", Lindenstr. 3, Hof L pr. r.  
Schirm, Charlottenstr. 7/8 (Mpl. 11 160).  
Dittschlag, Schöneberger Str. 18 (Lhw. 8364).  
Reufner, Pögelberger Str. 20a (Lhw. 9709).  
Satzinski, Mariendorfer Str. 6 (Lhw. 8019).  
Hille, Bergmannstr. 69 (Mpl. 13 125).  
Reidenberger Hof, Fuhrow, Reidenberger Str. 147 (Mpl. 3233).  
Wolff, Forster Str. 44.  
Geißler, Stalitzer Str. 50 (Mpl. 3727).  
Ruhner, Mühlauer Str. 12 (Mpl. 15 238).  
Steinle, Ritterstr. 115 (Mpl. 10 612).

Das Lokal, welches in jedem Wahlkreis an  
erster Stelle genannt ist, ist der Sitz der Zentral-  
wahlleitung für jeden Kreis.

Vororte.

Charlottenburg: Parteibureau, Rosinenstr. 3 (Wiltz. 730).  
Schöneberg: Obst, Martin-Lutherstr. 69 (Siepahn 4069).  
Steglitz: Restaurant Müller, Albrechtstr. 52 (Stegl. 1025).  
Neukölln: Parteibureau, Jägerstr. 66 (Neukölln 9510).  
Friedrichshagen: Parteibureau, Galtener Str. 12 (Pfalz. 1006).  
Cöpenick: Restaurant Müller, Alter Markt 8 (Cöpn. 282).  
Lichtenberg: Parteibureau, Riebersbarnimstr. 4 (Rgt. 9007).  
Friedenau: Restaurant Hohenjollern, Sandjerystr. 64.  
Brieg: N. Friedrich, Chausseestr. 63.  
Pankow: Neber, Mühlener Str. 48 (Pankow 65).  
Treptow: Kläber, Pfeffer Str. 8 (Mpl. 8758).  
Baumschulenweg: Hof, Baumschulenstr. 72 (Oberschw. 122).  
Oberschöneweide: Zentralwahlbureau Rest. „Zur Schillergrube“,  
Schillerpromenade.

## Kadfahrer!

Parteigenossen, die sich mit Fahrrädern zur Wahlhilfe  
zur Verfügung stellen wollen, melden sich im Zentralwahl-  
bureau ihres Bezirks oder im Bezirkssekretariat, In den  
Zelten 23, pt.

## Wahlresultate!

Am Sonntagabend sind die festgestellten Wahlresultate  
in Berlin und den Vororten sofort auf dem schnellsten  
Wege (telefonisch oder durch Boten — Kadfahrer) an das  
Bezirkssekretariat, In den Zelten 23, pt., zu melden. Telefon:  
Hansa 1424, 1425, 1444, 1445, 1446.

Wohls zur Feststellung des Wahlresultats können nur  
für die Wahlkreise Berlin von den Zentralwahlleitern heute  
Sonnabend nachmittags oder Sonntag vormittag im Be-  
zirkssekretariat in Empfang genommen werden.

Der Bezirksvorstand.

# Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, 19. Juni:

Friedenau. 6 Uhr: Wichtige Flugblattverbreitung. Treffpunkt:  
Restaurant Ruhn, Pögelstr. 3.

Buchholz. Zweite Flugblattverbreitung am Sonnabend, abends 8 Uhr,  
vom Restaurant Dödel, Rosenwallter Str. 67, aus.

Morgen, 20. Juni:

3. Abt. Alle Wahlhelfer und Funktionäre, soweit dieselben zum  
Wahlkreis Tiergarten gehören, treffen sich früh 7 1/2 Uhr, im Nationalhof,  
Bülowstraße 37. Die zum Wahlkreis Galejesches Tor gehörenden zur gleichen  
Zeit bei Dittschlag, Schöneberger Str. 18.

14. Abt. Die Genossen und Genossinnen treffen sich früh 7 1/2 Uhr  
zur Wahlarbeit im Lokal von Krüger, Engelufer 13. Zahlreiche  
Beteiligung dringend notwendig.

19. Abt. Alle Parteigenossen und Wahlhelfer treffen sich früh 7 Uhr,  
im Zentralwahlbureau bei Domburger, Mühlener Str. 21.

30. Abt. Das Hauptwahlbureau befindet sich bei Grünau, Stahl-  
heimer Str. 30. Alle Genossen, die noch keine Funktion erhalten haben  
melden sich dort am Sonntag von 7 Uhr morgens bis 4 Uhr nachmittags.

Friedenau. Zentral-Wahlbureau im Restaurant Hohenjollern, Sand-  
jerystraße 64. Die Mitglieder werden ersucht, sich zur Wahlarbeit dort ein-  
zufinden.

Lichtenberg. Alle Genossen und Genossinnen, die noch nicht zur  
Wahlarbeit verpflichtet sind, melden sich Sonntag 8 Uhr im Bureau, Riebers-  
barnimstraße 4.

## Jugendveranstaltungen.

Achtung, Abteilungsleiter! Heute 1/2 7 Uhr im Zentraljugend-  
heim, Lindenstr. 3, Abteilungsleiter-Konferenz. Wichtigste Tages-  
ordnung, jede Abteilung muß vertreten sein. — Sonntag, den 20. Juni,  
Zentraljugendheim und Jugendheim Charlottenburg geschlossen! Alle für  
die Abteilungen festgesetzten Sonntagsveranstaltungen fallen aus.

## Berichtszeitung.

### Vergeßlichkeit oder Diebstahl!

Ein Justizrat wegen Diebstahls verurteilt.

Ein Diebstahl, wie er wohl selten die Gerichte beschäftigt, kam  
gestern in der Strafammer des Landgerichts III unter Vorsitz des  
Landgerichtsrats Fischer zur Verhandlung. Unter der Anklage des  
Diebstahls sah auf der Anklagebank der Justizrat  
Kraft, der unter den Kollegen eine sehr geachtete Stellung ein-  
nimmt, sich in mehr als guter Finanzlage befindet und bisher völ-  
lig makellos dastand. Der Angeklagte hat selbst eine große Praxis,  
verlieht seit dem Jahre 1914 daneben noch hilfsweise die ausge-  
dehnte Praxis eines Kollegen und ist infolgedessen mit Arbeiten  
sehr überhäuft.

Er sowohl wie seine Frau und sein Sohn, der Arzt ist, hatten  
schon öfter Einkäufe in dem Geschäft „Deutsche Kunst“ am Kur-  
fürstendamm gemacht, und der Angeklagte glaubte, dort bekannt  
zu sein. Im Juli v. J. wollte er mit seiner Frau seine Urlaubs-  
reise nach Berchtesgaden antreten, und als er kurz vor dem Tage  
der Abreise etwas überarbeitet aus dem Bureau ging, kam ihm,  
wie er sagt, der Gedanke, seiner Frau eine kleine Freude durch  
ein Reisegeheim zu machen. Er betrat den Laden der „Deutschen  
Kunst“ und begann dort unter Kennung seines Namens Hausch  
unter den Verkaufsgeschäften zu halten. Der Angeklagte ver-  
ließ dann, ohne daß es mehr als zu einer bloßen Besichtigung ge-  
kommen war, das Lokal. Dann bemerkten aber die Verkäuferinnen,  
daß der Justizrat wenige Schritte vor dem Geschäft stehen blieb,  
etwas in seine Arztkasse steckte und aus einem Portemonnaie  
den Preisauszeichnungszettel herausnahm und weg-  
warf. Er wurde darauf auf der Straße von einem der jungen  
Mädchen gefasst, gab das Portemonnaie mit dem Bauern  
zurück, in seiner Hastenarbeit nicht an die Mitnahme gedacht zu  
haben, sagte aber nichts davon, daß er noch zwei Damen-  
taschen in seiner Arztkasse hatte, die er auf dringendes  
Verlangen des jungen Mädchens zum Vorzeigen kam. Zwei Kol-  
legen, die den Angeklagten seit langer Zeit kennen, hielten es für  
ausgeschlossen, daß dieser sehr begüterte und überaus wohlhabende  
Mann auch nur entfernt einen Diebstahl begangen haben könnte.  
Der Angeklagte besitze ein außerordentliches Selbstbewußtsein,  
welches ihn auf Reisen und bei Geschäften oft dazu bringe, anders  
zu handeln, wie andere Leute und so aufzutreten, als ob ihn jeder  
schon kennen müsse. Auch die medizinischen Sachverständigen  
Kol. Dr. Strahmann, Sanitätsrat Dr. Frey Lappmann und  
ein dritter Sachverständiger gaben übereinstimmend ihr Gutachten  
dahin ab, daß der Angeklagte an einer physischen Erkrankung  
leidet, Herzkreislauflage und Vergeßlichkeit litte. — Troßdem hielt der  
Staatsanwalt einen Diebstahl für erwiesen und beantragte sechs  
Monate Gefängnis und drei Jahre Ehrverlust.

Nach fast anderthalbjähriger Beratung über alle geru und  
für den Angeklagten sprechenden Momente kam auch der Gerichts-  
hof dazu, ihn schuldig zu sprechen. Der Angeklagte wurde zu drei  
Monaten Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust verurteilt.

## Aus aller Welt.

Gioittis Anfang. Der neue italienische Ministerpräsident  
Gioittis erklärte bei einer Besichtigung neuer Arbeitsräume des  
Ministeriums des Innern, daß die Räume für eine Zeit, wo darauf  
Bedacht zu nehmen sei, dem Volke Brot zu verschaffen, viel zu  
verschwenderrisch eingerichtet seien. Gioittis ordnete an, daß  
die Wände nicht mit Marmor besetzt, sondern gekalkt würden.  
— Neue Befehle setzen gut. Aber die Marmorarbeiter werden nicht  
so entzückt sein wie die Kalkbrenner.

Wie sollen sie's machen? Die „D. Ntz.“ verzeichnet es höchst  
mißbilligend, daß auf dem Bahnhof Goslar den Reisenden Zeit-  
zugesetzt werden, welche Juden vor antisemitischen Gashöfen  
warnen. Kommen die Juden hin, heißt's „Juden raus!“ — wollen  
sie nicht hingehen, lautet es „Juden rein!“

Zur Gelung der „Lustonia“ schlägt der französische Ingenieur  
Emile Berlin vor, einen Schwimmlasten von 300 Meter  
Länge, 100 Meter Breite und 20 Meter Höhe zu bauen und ihn bei  
Ebbe mit ungefähr 800 Stahltrassen an das Strand festzumachen.  
Die Flut würde dann das Schiff heben, und es könnte nach der  
Rüste geschleppt werden. Dort würde es mit jeder Flut um 3 bis  
4 Meter der Oberfläche näher gehoben und endlich zum Auspumpen  
auf Strand gesetzt werden. Ob das ganze Schiff oder nur ein Teil  
geborgen werden kann, hängt von dem Umfang der Beschädigung  
ab. Die „Lustonia“ liegt in einer Tiefe von etwa 80 Metern. Die  
Gelung würde allerdings viel Zeit und Geld kosten, wäre aber des  
Versuches wert.

## Briefkasten der Redaktion.

Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage über man einen Zuschuß  
und eine Nummer der Briefliche Auskunft wird nicht erteilt. Eilige An-  
fragen traue man in der Juristischen Sprechstunde, Lindenstr. 3, I. Hof dar-  
zulegen, vor. Schriftliche und Verträge sind mitzubringen.

1. 5. 1896. 1. Wenden Sie sich an den Reichsanwalt für Kriegs-  
beschädigte, Berlin, Bülowstr. 9, 2. In das Amtsgericht. — Eyr. 10.  
Vorläufig ja. — W. P. 1. Ja. 2. Nein. — W. 1000. 1. Nein. 2.  
bis 4. Wenn eine Verbindung nicht möglich, muß der Ringweg be-  
schritten werden. — G. 4. Verlegungshöhe (früher Verfallkommende).  
— G. 2. Für ebliche Kinder ist ein bestimmter Unterhaltanspruch nicht  
festgelegt, für uneheliche Kinder beträgt die Unterhaltrente monatlich  
95 M. — W. 15. 1. Ja. 2. Den Betrag, der den Wert der Sachen  
übersteigt, können Sie einlagern. 3. Gelinanz. 4. Gemeinrechtlich.  
— F. C. 27. Nein. — Ralf 1001. 1. Sie dürften nicht abgehörig  
sein, wenden Sie sich aber an das Finanzamt. 2. Nein. — W. 43. 1. —  
Wenden Sie sich an das Verkehrs-Bureau der Handelskammer, Klosterstr. 41,  
wo Sie alles Nähere erfahren. 3. Am Karlsruh 9/10. — W. 50.  
Ueber Ihre Vermögensverhältnisse müssen Sie Auskunft geben.



# Wirtschaft

## Eine falsche Front.

Unter dieser Überschrift veröffentlicht „Die Post“ folgende Ausführungen:

Walter Rathenau hat das Wort von der schwerindustriellen Diktatur geprägt. Es erscheint einmal an der Zeit, einen Vergleich anzustellen zwischen den Preisen, die in den Betrieben Walter Rathenaus gefordert werden und den Preisen, welche die von Rathenau angegriffene Schwerindustrie verlangt. Nach den Listenpreisen der A.G. betrug:

Bezeichnung	Preis i. J. 1914	Preis i. J. 1920	Wichtig ein Prozentualer Aufschlag von
Normaler Drehstrommotor von 20 PS	1100	28 369	2478 %
Normaler Drehstrommotor von 40 PS	1600	39 270	2354 %
Normaler Drehstrommotor von 60 PS	1800	44 988	2338 %
Gleichstrom-Dynamo HN 180, 16 KW, 1400 Touren	1000	28 190	2518 %
Gleichstrom-Dynamo HN 400, 40 KW, 1050 Touren	2000	59 290	2865 %
Pro Stück:			
Östramlampe 100 Kerzen, 90 bis 200 Volt	8,65	245	2738 %
Dynamodrähne, Durchschnittspreis	2-3	70-80	8000 %

Dem steht gegenüber eine Feuerung auf Kohlen . . . . . mit 1550 Proz.  
 . . . . . 1900  
 . . . . . 3300  
 . . . . . 3100  
 . . . . . 3600

Zum mindesten trifft für die Preisstellung der Erzeugnisse der elektrotechnischen Industrie nicht das zu, was bei Kohle und Eisen schon lange vorhanden ist, nämlich die im Reichskohlenrat und im Eisenwirtschaftsbund vorhandene Kontrolle durch die Deffentlichkeit. Durch die Hinzuziehung der Verbraucher und der Arbeitnehmer wird bewirkt, daß die Preise für Kohlen und Eisen eine angemessene Höhe nicht überschreiten. Diese Kontrolle ist aber bei der elektrotechnischen Industrie nicht vorhanden. Solange das nicht der Fall ist, hat gerade Herr Walter Rathenau die allgeringste Verdrängung, von einer schwerindustriellen Diktatur zu sprechen.

Ganz stimmen diese Ausführungen ja nicht, denn die Dynamobleche, das wichtigste Material für diese Maschinen, sind dank der schwerindustriellen Lichtigkeit im Verdienen von 300 auf 9000 Mark im Preise hinaufgetrieben worden! Daß der Eisenwirtschaftsbund, in dem die Verbraucher mitwirken, schon lange besteht, stimmt auch nicht, denn er ist erst ganz jungen Datums. Eben darin geben wir der „Post“ recht, daß die vollkommenen fervernähm elektrotechnische Industrie unter eine gemeinwirtschaftliche Kontrolle recht bald gebracht werden sollte. Der Glühampentrost ist eine Kommanditgesellschaft, deren Geschäftsergebnisse der Deffentlichkeit nicht bekannt werden und der die Preise bis zur vollen Ausnutzung der Kaufkraft in die Höhe treiben kann. Bei der völligen Abhängigkeit der Elektrizitätswerte, der Kommunen und Länder von der elektrotechnischen Industrie ist eine Beseitigung der Monopole der Elektroindustrie dringlich, da ihre geheimen Konventionen ihr bedeutende Macht

verschaffen. Daß Rathenau nicht der Mann ist, der der Gemeinwirtschaft im Wege steht, dürfte wohl sicher sein. Aber in der Elektroindustrie gibt es eben andere, sehr einflußreiche Großkapitalisten, deren Machtposition die eines Rathenau weit überschritten.

## Mieter, seid vorsichtig!

Und geht folgender Verpflichtungsschein zu, mit dem die Hauswirte ihre Mieter bedenken:

Mit Rücksicht auf die zu erwartende Preissteigerung der Miethöchstätze mühte ich Ihren Vertrag zum 1. Oktober 1920 kündigen. Um dies und das sich daran anschließende Verfahren vor dem Mieteinigungsamt zu vermeiden, bitte ich um Anerkennung des nachstehenden Zulages zu Ihrem Mietvertrag, wonach sich die Miete auf die sich unter Zugrundelegung der geleglich zulässigen Miethöchstätze oder etwaigen anderen gesetzlichen Bestimmungen ergebende Summe erhöht. Der unterschiedene Abchnitt mühte spätestens bis zum 20. Juni 1920 in meinen Händen sein, da ich sonst die Kündigung beim Mieteinigungsamt beantragen muß. Hochachtungsvoll

Dann folgt der Schein: Ich erkläre mich damit einverstanden, daß sich meine vertragliche Miete vom 1. Oktober 1920 ab auf die sich unter Zugrundelegung der geleglich zulässigen Miethöchstätze oder etwaigen anderen gesetzlichen Bestimmungen ergebende Summe erhöht.

Alle Mieter müssen dringend gewarnt werden, solche Verpflichtungen einzugehen, denn der Zweck ist offensichtlich der, daß mit einer Sammlung solcher freiwilligen Erklärungen auf die Befehlgeber einen Druck ausgeübt werden soll.

## Keine Ausfuhr von Zucker.

Durch die Presse sind dieser Tage Nachrichten gegangen, denen zufolge nach einer englischen Handelsstatistik neuerdings größere Mengen deutschen Zuckers nach England gegangen seien. Wie die B. R. N. von zuständiger Seite hören, entspricht das in keiner Weise den Tatsachen. Ins Ausland ist auch nicht ein Pfund Zucker aus Deutschland ausgeführt worden. Es ist möglich, daß derartige Gerüchte auf Hochschiffswalische Transporte zurückzuführen sind, die auf der Elbe über Hamburg nach Holland, Frankreich und Spanien gerichtet waren. Zucker aus einheimischen Rüben hat sich nicht darunter befunden.

## Die Gesamtkriegslasten.

Antonin Dubost hat die Kriegsschulden der Staaten wie folgt (in Schweizer Frank-Billionen) abgeschätzt: Frankreich 116 (auf den Kopf der Bevölkerung 3000 Schweizer Goldfranken), Deutschland 110, Italien 28 (700), Belgien 10 (1100), Vereinigte Staaten 147 (1470), England 160 (4000), Oesterreich-Ungarn 24; Gesamtschulden 595 Milliarden. Hierzu kommen etwa 200 Milliarden Franken Schadenersatz der Mittelmächte und die Kriegslasten Rußlands, der Türkei und der Balkanstaaten. Auf den Kopf der deutschen Bevölkerung kämen demnach etwa 4000 Schweizer Goldfranken — das sind heute rund 30 000 M. — an Kriegsschulden. Bedanken wir uns bei den deutschen militärischen Kriegstreibern!

Mix u. Genest, Telephon- und Telegraphenwerke A.-G. in Berlin. Die Gesellschaft weist für 1919 einen Bruttogewinn von 3,48 (2,14) Millionen Mark aus, dagegen erforderlichen Handlungskosten 1,8 (1,29) Millionen Mark, Steuern usw. 1 (0,58) Millionen Mark und Abschreibungen 107 000 (118 000) M. Reingewinn 653 000 (61 000) M. Dividende von 7 (0) Proz. auf 6,8 Millionen Mark Aktienkapital. 100 000 M. dem Unterhaltungs-fonds für Arbeiter und Beamte. Die starke Nachfrage nach den Erzeugnissen der

Gesellschaft hätte eine Vermehrung der Belegschaft wohl gerechtfertigt, indem gestattete die behördliche Kraftbeschränkung dies nicht. Der Auftragsbestand bietet auch für das laufende Jahr dem Werke volle Beschäftigung. Kapitalerhöhung um 6,8 auf 12,6 Millionen Mark, neue Obligationenanleihe von 7 Millionen Mark unter Rückzahlung der restlichen alten Teilschuldverschreibungen von 2,307 Millionen Mark.

Keine Auswanderungsgelüste. In Hamburg treffen in den letzten Tagen größere und kleinere Trupps mittellose Auswanderer ein, die als Freipassagiere nach Brasilien wollen. Da eine solche Seefahrtsgelüste weder jetzt noch in absehbarer Zeit vorhanden ist, sieben diese Leute dort ohne Döbäck und Verdienstmöglichkeit, fallen den Behörden zur Last und haben ihre Zurückbeförderung in die Heimat zu gewärtigen. Es kann nicht dringend genug darauf gewarnt werden, nach den Hafensässen zu reisen, bevor die Abfahrt mit den beteiligten Stellen genau vereinbart ist. In Zweifelsfällen empfiehlt sich eine vorherige schriftliche Anfrage bei den behördlichen Auskunftsstellen.

## Soziales.

### Ersatz für Tumultschadengesetz.

Auf Grund des preussischen Tumultschadengesetzes vom 11. März 1850 konnten für bei Unruhen erlittene Schäden an Sachen, Leib und Leben die Gemeinden haftbar gemacht werden; doch mußten die Ansprüche innerhalb 14 Tagen nach Kenntnisnahme des Schadens geltend gemacht werden. Diese kurze Frist war oft Ursache, daß die mit diesen Bestimmungen nicht vertrauten Geschädigten um ihre Ansprüche gebracht wurden. Aber auch die Gemeinden wehrten sich mit Recht dagegen, für Schäden verantwortlich gemacht zu werden, die infolge politischer Unruhen entstanden und von ihnen nicht abzuwenden waren.

Diesen Verhältnissen trägt das neue Gesetz über die durch innere Unruhen verursachte Schäden vom 12. Mai 1920 (Wechs-Gesetzblatt Nr. 106, 1920, S. 941-945) Rechnung. Es gibt allen Betroffenen Anspruch auf Entschädigung, wenn ohne solche ihr Fortkommen unbillig erschwert wird.

Bei Schäden an Leib und Leben wird außer eventuellen Heilungskosten Ersatz in Form von monatlichen im voraus zahlbaren Renten gewährt, die die für Gemeine festgesetzte Beträge der alten bis zum 31. März 1920 geltenden Militärversorgungsgesetze nicht übersteigen dürfen.

Die Annahme der Ansprüche muß binnen einer Ausschlussfrist von drei Monaten seit dem Eintritt des Schadens erfolgen. Ist die Frist ohne Verschulden des Beteiligten verfallen, so kann Wiedererhebung in den vorigen Stand bewilligt werden. Dazu ist der Antrag binnen zwei Wochen nach Beseitigung des Hindernisses anzubringen. Gegen Entscheidungen des für dieses Verfahren zuständigen Ausschusses ist binnen einem Monat nach der Zustellung Beschwerde an das Reichsowirtschaftsgericht zulässig.

Die zur Befriedigung der Ansprüche sowie zur Verteilung der Kosten des Verfahrens notwendigen Mittel trägt in Höhe von sechs Zwölfteln das Land, in dem der Schaden entstanden ist, und in Höhe von zwei Zwölfteln die beteiligte Gemeinde.

Das Gesetz findet Anwendung auf alle Schäden an Leib und Leben, die seit dem 1. November 1918 im Zusammenhange mit inneren Unruhen durch offene Gewalt oder durch ihre Abwehr verursacht sind. Für Vermögensschäden bleiben die bisherigen Landesgesetze maßgebend; doch erhalten auch hierfür die Gemeinden den vorkiehend angegebenen Ersatz.

Allen seit dem 1. November 1918 infolge von Unruhen ohne Schuld Geschädigten gibt das Gesetz die Möglichkeit, jetzt noch einen teilweisen Ersatz des Schadens unter den erwähnten Voraussetzungen zu bekommen, selbst dann, wenn auf Grund der bisherigen Gesetze Verjährung eingetreten oder die Ausschlussfrist abgelaufen war.



**TROCKENPARFÜM**  
**Lebona**  
 Berlin  
**HAUT CREME**  
 Überall erhältlich.



**Werkzeugmaschinen**  
 neu und gebraucht

Drehbänke mit Leit- u. Zugspindel in verschiedenen Größen  
 Bohrmaschinen für Kraft- und Fußbetrieb,  
 Fräsmaschinen, horizontal, vertikal und universal.  
 Revolverbänke in verschiedenen Größen,  
 Exzenter- und Fraktionsspindel-Pressen,  
 Schraubautomaten,  
 Randschleifmaschinen, universal,  
 Mechanikertische und so weiter  
 verkauft preiswert ab Lager  
**Felix Kohls, Berlin S 14,**  
**Alte Jakobstr. 66.**  
 Tel.: Amt Moritzplatz 12072, 12071.

**Preise**  
 zahlen wir Ihnen für  
**Altpapier, Altmittel, Alteisen u. Flaschen,**  
 daß Sie stets nur noch zu uns kommen.  
**F. & W. Seydlitz**  
 Metall- und Papierverwertung  
 Klein-Einkauf: Berlin S. 19, Hermannplatz 4. Amt Mpl. 7291.  
 Händler-Einkauf: Berlin S. 33, Cuvrystr. 33. Amt Mpl. 792.

**Santa Lucia**  
 Süßwein, verdankt seine leuchtige Süße der Sonne des Südens.  
 Depot: N. 4, Bergstr. 34. Norden 6822. Überall käuflich.



**Preisherabsetzung**

**Jackett-Anzüge** aus erstklassigen, englischen Stoffen, la Futter-sachen, Ersatz für Maß . . . . . von 1930.— auf **1400.— M.**  
**Jackett-Anzüge** schöne Muster, haltbare Stoffe von 1000.— auf **790.— M.**  
**Hosen** schöne Streifenmuster . . . . . von **250.—** auf **180.— M.**  
**Sommer-Paletot** marengo Cheviot, la Verar-beltung . . . . . von **650.—** auf **520.— M.**  
**Gummil-Mäntel** Sportform, mit Gurt ringsherum von 700.— auf **590.— M.**  
**Anzug** in kleineren Herrengrößen, bestehend aus Marengo-Jackett und Weste und vornehm gestreifter Hose, jetzt . . . . . **450.— M.**

**Keine Filialen mehr** **BaerSohn** **Nur eine Verkaufsstelle**  
**Nur Chaussee-Straße 29-30** **Nur**

Verlangen Sie  
**Vioparfa' Zahn-pasta**  
 Parfüme sowie erstklassige kosmetische Präparate  
**Viola Parfümerie-Fabrikation, Berlin S. 16, Copenicker Straße 112, Moritzpl. 11981**

**Ankauf Juwelen**  
 zum heutigen hohen Kurse  
**Margraf & Co. G.m.b.H.**  
 Kanonenstr. 9

**Billige Weine u. Spirituosen**

Jamaika-Rum-Verschnitt, 45% . . . . . Mark 41.—  
 Weinbrand-Verschnitt, 38% . . . . . 40,50  
 Weinbrand, 39% . . . . . 48.—  
 Billige Weine, sonstige Liköre und Spirit.

Rur gegen Bargzahlung oder Kassa gegen Duplikat-Fachbrief.  
**Wolff Müller, Weinhandlung, Würzburg, — Vertreter gesucht.**

**Oberlandesgerichtsrat**  
 außerd. sachgemäße Rechtsberatung, Abmilderung schwererger Fälle, Ehe, Alimenten, Verlassenschaft, Erbschaften, Potsdamer Str. 118, Wohn 2494, Direktor Fabisch.

**Vereinigung der Rechtsfreunde**  
 Berlin N. 24, Friedelstraße 127, nahe Karstr.  
**die Rechtsanwaltschaft des großen Publikums**  
 — Frageabteilung — Sperrzeit 9-5  
 10000 Mitglieder über 125 000 Ratsuchende.

**Altmetalle,**  
 Quecksilber, Stahl, Zinn usw.  
 höchstgeh. Metallschmelze,  
 Prinzessinnenstr. 17, 2. Pl. Berlin

**Altmetalle**  
 Quecksilber, Zahngehisse  
 Platin-, Silberbruch  
 kauft zu Schmelzpreisen  
**Brunnenstr. 11**  
**Neukölln 229**  
 Kalk-Fried-Str.

**Siedelung**  
 Die Kettung eines 40 Prozen großen Grundstückes in Spandau in eine gemeinnützige Siedlung (Einfamilienhaus u. Garten) ist befohlen. Geeignete Ankauf, Verleife aus Staatsmitteln. Bewerber wollen sich nur schriftlich melden an Leonhard, Berlin-Steglitz, Fichte-straße 55. Persönl. Anfragen sind gestattet. 883

**Metal-Ankaufsstelle**  
**Osten, Grüner Weg 80**  
 zahlt die höchsten Tagespreise für  
**Kupfer, Messing, Blei, Zink usw.**

**Liköre**  
**Grün Pfefferminz**  
 sowie  
**Ingwer-Magenelixier**

1/2 1/4 1/8 1/16 Utr.  
 M. 50.— 25.— 12.— 6.— p. Gl.  
 einchl. Flasche und Freigeld.

**Halbitter . . . M. 35.—**  
**Boonekamp . . . 35.50**  
**Magenbitter . . . 35.—**  
**Pommeranzen . . 35.50**  
**Schwarzwaldbitt. . 35.50**  
**Kernobstweist . . 35.—**  
**Stonsdorfer . . . 38.—**  
 per 1/2 Liter-Flasche einchl. Flasche und Freigeld.  
**Vermouthwein . M. 22.—**  
 per Flasche exkl. Steuer.

**Süddeutsch. Weinhaus,**  
 G. m. b. H.  
 Berlin, Leipziger Str. 13.  
 Schriftliche Anfragen:  
 Berlin N. 8, Leipziger Str. 20.  
 Fernspr.: Centrum 9330 u. 9320.  
 Verlangen Sie Preisliste.

**Möbel**  
 liefert gegen bar  
 und auf  
**Teilzahlung**  
 bei kleinster An-  
 zahlung.  
 Liefere auch n. auswärt.  
 Gekaufte Möbel können  
 kostenlos lagern.

**Möbel-Cohn**  
 Gr. Frankfurter Str. 58  
 5 Min. vom Alexanderplatz.  
 Filiale: Badstr. 47-48.  
 5 Min. v. Bbl. Gesundbr.

**Schafskäse**  
 versenden zu Tagespreis  
 jeden Posten Kändler & Co.  
 Norderl. Holstein.

**Elektromotore**  
 Gleichstrom :: Drehstrom  
 kauft  
**Ingenieurbureau Schlichting**  
 Berlin W. 9, Linkstr. 10.  
 Tel. Lütrow 3705 und 8518.







## Zur Nachahmung empfohlen!

### 15 Jahre Gefängnis für Soldatenmißhandlung.

Wegen empörender Soldatenmißhandlungen verhandelte das Kriegsgericht der früheren 18. Division in Altona gegen den in Untersuchungshaft befindlichen früheren Wajfeldwebel Hermann Zieijens. Z. führte in Kriegsgefangenschaft eine Kompanie deutscher Kriegsgefangener. Statt das Los seiner Landsleute zu erleichtern, verkaufte er sie geradezu, wie ein Zeuge es nennt, an die Engländer und behandelte sie in der verabscheuenswürdigsten Weise. Mißhandlungen und Beschimpfungen werden von einem Zeugen als alltäglich bezeichnet. Z. ging ständig mit einem Rohrstock und schlug damit, wohin es traf, auch nackte Mannschaften. Schwache und Kranke, die sich nicht wehren konnten, behandelte er am schlimmsten, schlug sie und ließ sie todelang frieren. Einer von ihnen starb kurz darauf. Den ohnehin abgemagerten Mannschaften verkürzte er wiederholt die Nahrung. „Guch verfluchte Hunde krieger ich durch Kälte und Hunger!“ war seine stehende Redensart. Die Mannschaften hatten kein wirksames Beschwerderecht und waren ihm ausgeliefert.

Das Kriegsgericht unter dem Vorsitz des Kriegsgerichtsrats Dr. Dehnow verurteilte, dem „Hamburger Fremdenblatt“ zufolge, den Angeklagten zu der höchsten nach dem Gesetz zulässigen Strafe von fünfzehn Jahren Gefängnis und Degradation. Der Vorsitzende hob in der Urteilsbegründung hervor, daß auf Taten wie die des Angeklagten das ganze Volk mit grenzenlosem Abscheu blickt. Das Gesetz sieht aber, wie er ausführte, Fälle von derartiger Bestialität anscheinend nicht vor, so daß auch auf Zuchthausstrafe nicht erkannt werden konnte.

## Pfalz oder Dahomey?

Ludwigshafen, 18. Juni. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Freitagmorgen ließ der französische Kommandant Palate anfragen, in denen er die Bewohner vor feindseligen Rundgebungen warnen. In den Plakaten wird weiter behauptet, die früher verhafteten drei Arbeiterführer hätten Spionagetätigkeit und Aufrehrpropaganda gegen die Besatzungsstruppen getrieben, wofür die französischen Behörden die Beweise hätten. Das ordentliche (Militär-) Gerichtsverfahren gegen die Führer sei eingeleitet.

Wolff meldet, daß die Verhaftungen dem Reichskommissar im besetzten rheinischen Gebiet Anlaß zu Vorstellungen bei der Interalliierten Rheinlandkommission gegeben habe. Diese hat Vertretern der Pfälzer Arbeiterschaft die sofortige Entsendung eines Offiziers nach Ludwigshafen zur Erörterung der Angelegenheit mit den Militärgerichten zugelegt.

Wir fragen: Was haben französische Militärgerichte im Frieden mit deutschen Staatsbürgern zu tun?

In einer Plenarsitzung in Mainz wurde davon gesprochen, daß die von den Franzosen besetzten Schulen dem Unterricht nicht entzogen werden dürften. Die Sitzung wurde mitten in ihrem Verlauf von der französischen Ueberwachung aufgehoben.

Wie uns weiter aus Mainz gebracht wird, respektieren seit einigen Tagen die französischen Besatzungsstruppen das Brief- und Telegrammgeheimnis nicht mehr. Auf dem linken Rheinufer erscheinen bald hier, bald dort fliegende Kontrollkommissionen, die den Inhalt der Postkäufe durchstöbern und alle Briefe lesen. Die Bevölkerung wird also gut tun, diesem neuartigen Friedenszustand Rechnung zu tragen und in ihren brieflichen Äußerungen aus und nach dem linken Rheinufer sehr vorsichtig zu sein.

## Wiener Provisorium.

Wien, 18. Juni. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) In der gemeinsamen Besprechung der drei Parteien bei dem Präsidenten Seih schlug namens der Christlich-Sozialen Abg. Seipel vor, ein Kabinett aus neutralen Fachmännern zu bilden, das von allen drei Parteien zu wählen und zu unterstützen wäre; ob die Parteien in das Kabinett Vertrauensmänner entsenden wollten, bliebe ihnen überlassen. Der politische Schwerpunkt sollte im Hauptausfluß bleiben, eventuell wären die Christlich-Sozialen für ein Konzentrationskabinett aller drei Parteien. Abg. Dinghofer schloß sich namens der Großdeutschen im wesentlichen diesen Vorschlägen an, nur hielt er die Entsendung von Vertrauensmännern der Parteien nicht für zweckmäßig; ein Konzentrationskabinett sei mit Rücksicht auf die ablehnende Haltung der Sozialdemokraten ebenso unmöglich, wie eine bürgerliche Regierung mit Rücksicht auf die gegenwärtigen Machtverhältnisse. Dr. Friedrich Adler erklärte, die Sozialdemokratische Partei stehe nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die bürgerlichen Parteien nicht hindern werde, die Regierung zu übernehmen. Es sei ausschließlich Sache der bürgerlichen Parteien, ob sie Parlamentarier oder Beamte regieren lassen wollen. Der sozialdemokratische Verband könne aber ein bürgerliches Kabinett, auch aus sogenannten Fachmännern, weder wählen noch unterstützen, die Sozialdemokraten würden vielmehr in die Opposition gehen. Eine Beteiligung an einem Konzentrationskabinett sei für die Sozialdemokraten ausgeschlossen, ebenso die Entsendung von Vertrauensmännern in eine Regierung von „Fachmännern“. Im äußersten Falle würde der sozialdemokratische Verband, wenn infolge der Weigerung der bürgerlichen Mehrheit eine Regierung überhaupt nicht zustande kommen könnte, zulassen, daß die sozialdemokratischen Mitglieder des gegenwärtigen Kabinetts bis zu den Wahlen die Geschäfte weiterführen, aber auch nur, wenn ganz bestimmte Bedingungen über die Wahlordnung, den Wahltermin und die Vermögensabgabe erfüllt würden. Die Beteiligung an irgendeiner Neubildung der Regierung sei für den Verband ausgeschlossen. Darauf wurden die Verhandlungen zum Zwecke der Berichterstattung an die Parteien vertagt.

Damit vergleiche man das Verhalten der Crispianpartei, die Friedrich Adler zu den ihren zählt!

In Wien Koalition bisher und im äußersten Notfall auch weiter — Koalition, die die Crispianleute als ärgsten Proletariatsverrat ausschließen und an der sie unter keiner Bedingung teilnehmen wollen, weil sie vorziehen, draußensiehend weiterzuschimpfen!

## Der Horthy-Boycott.

Wien, 18. Juni. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Eine Rasenversammlung der Handels- und Transportarbeiter beschloß die Beteiligung am Boykott und die Verhinderung jedes Warenverkehrs nach Ungarn. Die Eisenbahner werden keine Waren nach Ungarn befördern und haben in Wiener-Neustadt die Wagen, in denen solche Waren enthalten sind, mit der Aufschrift versehen: „Nicht expedieren!“ Die Postbeamten beschloßen, keine Briefe und Telegramme von und nach Ungarn zu befördern.

# Die Reichsschulkonferenz.

## Fortsetzung der Ausschlußberichte.

### Vormittagsitzung.

(Schluß des Berichtes aus der Abend-Nummer.)

In der Reihe der Berichterstatter spricht Dr. Weiß für den Kindergarten.

Ausschluß. In diesem Ausschluß hatten die Vertreter der „freien Liebestätigkeit“ mit ihren durchaus rückwärtlichen Anschauungen das Uebergewicht, und anfangs wollte man den beiden einzigen Vertreterinnen der sozialistischen Weltanschauung und des demokratischen Staatsgebührens nicht einmal das Recht gesondeter Berichterstattung einräumen. Wie notwendig diese war, ersieht man beispielsweise aus folgendem „Leitfaden“ der Ausschluß-Mehrheit:

Soweit die freie Wohlfahrtspflege dem Bedürfnis nach Kindergärten nicht ausreichend zu entsprechen vermag, haben Staat und Gemeinde Kindergärten einzurichten.

Sowie aus dem Geh. der den Kindergärten als Armelehrenschule im Geiste des alten Klassenstaates festlegen möchte.

Wo die Erziehungsberechtigten aus wirtschaftlichen (1) und geistig-sittlichen Gründen in der Ausübung ihrer Erziehungspflicht dauernd behindert sind, so daß dadurch die sittliche, geistige und körperliche Entwicklung des Kindes gefährdet ist, muß der Besuch eines Kindergartens verbindlich gemacht werden.

Mit erfreulicher Klarheit sprechen sich dagegen die Kernsätze von Frau Heiser-Jaquet und Schwarz aus:

Die Aufsicht über den Staat aus.

Einrichtungen der freien Liebestätigkeit und Wohlfahrtspflege sind innerhalb einer Uebergangszeit bis zum Jahre 1930 von den Kommunen und Landgemeinden zu übernehmen.

Während der Uebergangszeit sind für die erfassten Anhalten dieselben hygienischen und pädagogischen Anforderungen zu stellen, denen die öffentlichen Kindergärten unterstehen.

Im Bericht der Ausschlußmehrheit für Jugendwohlfahrt

wurden die besonderen Aufgaben folgendermaßen umschrieben:

Aufgaben der Jugendwohlfahrt, die nicht alle Kinder gleichmäßig erfüllen, sind den Trägern der Jugendwohlfahrtspflege zu überlassen.

Unter diesen Gesichtspunkten sind Einrichtungen wie Kindergärten für vor- und nachschulpflichtige Kinder, Schulhort, Schulpeisung, Gewährung von Erziehungsbefähigen der Jugendwohlfahrtspflege zu überlassen und nach deren Grundrissen zu regeln.

Für die Kinderarbeit begründete Genossin Bohm-Schuch den prinzipiellen Teil der ergänzenden Leitfäden:

Die Jugendfürsorge ist im weitesten Umfange Pflicht der Allgemeinheit. Soweit Schulveranlassungen freier Jugendfürsorge bestehen, müssen sie folgende Bedingungen erfüllen:

a) Sie unterstehen der Aufsicht des Staates wie die öffentlichen Schulen und Anstalten. Schulen und Anstalten der Jugendfürsorge sind sachmännlich zu beaufsichtigen, und es ist hierfür ein besonderes Dezernat im zuständigen Ministerium einzurichten.

b) Die Ausbildung der Lehrkräfte hat auf den öffentlichen oder vom Staate genehmigten heimlichen Anstalten zu erfolgen.

c) Die freie Fortbildung und die Erprobung neuer Methoden und Wege in öffentlichen wie freiwilligen (privaten) Versuchsschulen muß durch den Staat Förderung und geldliche Unterstützung erfahren.

d) Neben den Anstalten der privaten Fürsorge müssen allerorts öffentliche Erziehungseinrichtungen bestehen.

Während der Mittagspause wurde die in Aussicht gestellte Einigung über den künftigen Schulaufbau verhandelt.

Sie kam nicht zustande, da die Teuro-Deutschesleinchen Anträge namentlich durch die Forderung des Philosophenverbandes unter der Flagge jenseitig: Zurück zur alten Schule! Wie verlaute, hat sich erfreulicherweise auch der Deutsche Lehrerverein entschlossen, den gefährlichen Wegen von Teuro nicht zu folgen und sich gegen das Kompromiß zu erklären. Damit kann dieses Kompromiß nicht einmal als die Ansicht der Mehrheit auf der Reichsschulkonferenz angesprochen werden. Es ist notwendig, daß dies schon jetzt mit aller Deutlichkeit festgesetzt wird, um etwaige Mißbildungen von vornherein zu verhindern.

### Nachmittagsitzung.

In der Nachmittagsitzung kam zunächst Kultusminister Seifers-Sachsen als Berichterstatter des Ausschusses für Arbeitsunterricht

zum Worte. Leitfäden und Ausführungen des Berichterstatters dazu geben das wohl erfreulichste Bild der ganzen Konferenz. Man kann nur wünschen, die übrigen Ausschüsse hätten sich an dieser Arbeit ein Muster genommen. Charakteristisch für die geistige Hilfslosigkeit der Reaktion ist es, daß hier, wo sie zahlenmäßig in der Minderheit war, ihr Einfluß vollkommen ausgeschaltet blieb und sie sich mangels treffender Gegenstände mit diesen Leitfäden befassen mußte.

Da wir den grundsätzlichen Teil der Leitfäden bereits veröffentlicht haben, können wir uns hier mit dem Abdruck einiger praktischer Forderungen begnügen:

Die Arbeit als Lehrgrundstoff bedingt folgendes: Das Lernen muß zum bewußten Arbeitsvorgang werden.

Schaffensvorgänge (motorische Vorgänge) sind als wesentliche, den sinnlichen Vorgängen, die auch als Arbeitsvorgänge zu betrachten sind, mindestens gleichwertige Bestandteile in den Lernvorgang einzufügen. Insbesondere muß auf den höheren Schulstufen der Schülerversuch zu seinem vollen Rechte kommen.

Das Kind muß seine Erkenntnisse und inneren Erlebnisse nicht nur in Wort und Schrift, sondern auch in Werk und Handlung ausdrücken lernen.

Der Arbeitsgedanke, der sich auf geistige wie sinnliche Stoffe bezieht, muß bestimmenden Einfluß auf die Auswahl des Lehrstoffes, auf den Lehrplan (Gesamtunter-

richt — Lebenskunde — Arbeitskunde) und auf die Unterrichtsmittel erhalten.

Der Werkunterricht ist auf der Unterstufe Bestandteil des gesamten Unterrichts und wird allmählich selbstständig, muß aber soweit als möglich in sachlichem Zusammenhang mit dem übrigen Unterricht bleiben.

Nutzbare Arten der Vertikalität in der Schule sind Vasein, Formen, Malen und Zeichnen, Ausschneiden, Falten, Flechten und Weben, Papparbeit, Holz- und Metallarbeiten, ferner Garten- und Feldarbeit, Kleintierpflege, Kadel-, Koch- und Hauswirtschaftsarbeit, Säuglings- und Kleinkinderpflege.

Der Werkunterricht ist „Massenzimmerarbeit“ und „Werkstattarbeit“.

Neben die Arbeit des Kindes im Hause und in der Schule soll eine erzieherische soziale Kinderarbeit für Knaben und Mädchen treten.

Durch gesetzliche Bestimmungen sind die äußeren Voraussetzungen für die Durchführung des Arbeitsgrundstoffes und des Werkunterrichts zu sichern. Das Gesetz soll aber nur die Mindestforderungen aufstellen und die Schulunterhaltungs-pflichtigen veranlassen, die Bedingungen zu schaffen, damit diese Forderungen durchgeführt werden können.

Als Ergänzung entwickelte Prof. Gurliit den Plan der „Schulfarmen“.

Genossin Dr. Beajseider trat für den Unterricht in freier Natur, in Garten und Feld ein. Ein Vertreter des Philologenverbandes bewies, daß er den Gedanken der Arbeitsschule nicht verstanden hatte, da er erklärte, daß viele Kinder sich gar nicht zur Durchführung des Gedankens „eigneten“. Kerjanseiner entgegnete, daß die Probearbeiten und Prüfungen endlich darauf verzichten müßten, nur Gedächtnisübungen zu sein.

Ueber die Berufs- und Fachschulen

legte der Ausschluß sehr eingehend durchgearbeitete Leitfäden vor, denen wir folgendes entnehmen:

Die Berufsschulpflicht ist möglichst bald einheitlich durchzuführen. Das Reich hat die Länder dabei finanziell zu unterstützen.

Der Unterricht der Berufsschule ist ein notwendiger Bestandteil der Berufsausbildung. Der Ausschluß fordert deshalb, daß für die schulpflichtigen Jugendlichen eine den Bedürfnissen der Berufsschule Rechnung tragende Regelung der Arbeitszeit und der Lohnzahlung festfindet.

Als Fachschulen haben staatlich anerkannte Unterrichts-anstalten mit mindestens einjährigem Lehrgang und 1000 Unterrichtsstunden jährlich zu gelten, die Angehörigen und Anwärtern gewerblicher, kaufmännischer, landwirtschaftlicher, hauswirtschaftlicher und sozialer Berufe eine zweckentsprechende fachliche und staatsbürgerliche Ausbildung vermitteln.

Die an den Fachschulen gebotene Ausbildung ist nach ihrem Bildungswert und ihrer Bedeutung für das Volkleben der Ausbildung in den allgemeinbildenden Lehranstalten auf der entsprechenden Stufe gleichzusetzen. Dementsprechend sind nach den vom Reich aufzustellenden Grundrissen durch die Landeszentralbehörden die Berechtigungen der Fachschulen zu regeln.

Der Vertreter der Kunstgewerbeschule bedauerte, daß diesem so wichtigen Gebiet auf der Reichsschulkonferenz offensichtlich nicht das erforderliche Interesse entgegengebracht wurde.

Der Ausschluß für freies Volkshochschulwesen

legte folgende einstimmig angenommene Leitfäden vor:

Das letzte Ziel der Volkshochschulbildung liegt darin, die Vorbereitung für das Entstehen einer wirklichen Volksgemeinschaft zu sein. Soweit die Pflege des Verstandeslebens in Betracht kommt, kann es sich nicht bloß um Weitergabe von Kenntnissen handeln, sondern in erster Linie darum, eine Hilfe zur geistigen Selbständigkeit darzustellen.

Das Volkshochschulwesen gliedert sich in Volkshochschule, Volkshochschule mit Vortragswesen, Massenveranstaltungen und engeren oder weiteren Gemeinschaften mit volkserzieherischem Charakter.

Die Volkshochschule ist einmal die Stätte, wo die aktiven Menschen aus allen Kreisen und Schichten in enge Arbeitsgemeinschaft mit geistig geschulten Menschen treten, um an der Verlesung und Durchbildung ihres eigenen Wesens, ihrer eigenen Welt- und Lebensanschauung zu arbeiten und um schließlich, als letztes Ziel, zur Gestaltung des neuen Kulturgehaltes der Zukunft zu gelangen.

Eine zweite Form der Volkshochschule steht auf dem Boden einer bestimmten Gesinnungsgemeinschaft; sie wird in der Regel den Charakter der Heimathochschule tragen.

Staat und Gemeinde sollen die Volkshochschulbildung mit finanziellen und sonstigen Mitteln (Vergabe von Schulräumen und Ähnlichem) unterstützen, ohne Einfluß auf den Geist der Arbeit zu beanspruchen.

Denselben einheitlichen Geist zeigt auch der Bericht des Ausschusses für

die Betätigung der Schüler.

Der Berichterstatter Göhe-Hamburg geht von dem neuen Gedanken aus, daß die Schule eine Lebens-, Arbeits- und Kulturgemeinschaft der Jugend mit ihren Lehrern und Lehrern sein soll, verlangt dementsprechend weitestgehendes Selbstbestimmungsrecht der Schüler und schließt mit folgenden Einzelforderungen:

Freiheit des Zusammenschlusses innerhalb und außerhalb der Schule;

freies Versammlungsrecht, auch außerhalb der Schule;

völlige Freiheit der religiösen Entscheidung;

Mitbestimmungsrecht bei Konferenzen in Schülerfragen;

freier Verkehr zwischen Lehrern (Lehrerinnen) und Schülern (Schülerinnen).

Die Reichsschulkonferenz soll am Sonnabend mit den noch ausstehenden Berichten zu Ende geführt werden.

## Unruhen im Trentino.

Triest, 18. Juni. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Aus Bozen wird der „Neuen Züricher Zeitung“ gemeldet, daß die Unruhen im Trentino fortauern. In Ambiseno wurden zwei Kasernen durch Aufständische beschossen. In Brentonico ermordeten die Aufständischen das Rathaus und verjagten den königlichen Kommissar. In Rovereto rissen sie die Trifolore vom Rathaus herunter. In Trient hat es vier Tote gegeben.

Elektrizität in Halle. Die Arbeiter des hiesigen Elektrizitätswerkes sind wegen Lohnforderungen in den Ausstand getreten. Der Betrieb der Straßenbahn wird zum Teil aufrechterhalten. Die Stadt ist ohne elektrisches Licht.

## Sowjetprotest gegen Polen.

Stockholm, 18. Juni. (Z.N.) Die Sowjetregierungen in Rußland und der Ukraine richteten an die vier Ententehauptmächte eine Note, in der sie gegen die von den polnischen Truppen verübten Gewalttaten gegen die friedliche Bevölkerung in den besetzten Gebieten nachdrücklich protestieren.

Ein ungarisches Dementi. Die Nachricht, daß Lütjow, Bauer, Dicksch und Ehrhardt sich in Budapest aufhalten, ist, wie laut ungarischem Teleg. Corr.-Bureau amtlich festgestellt wird, vollständig aus der Luft gegriffen. Nur Bauer hat sich kurze Zeit in Ungarn aufgehalten, ist aber nach wenigen Stunden, unbekannt wohin, weitergereist.



## Generalversammlung der Großverkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine.

Am Anschließ an den Genossenschaftstag hielt die G. G. G. die 26. Generalversammlung ab.

Direktor Regold, Hamburg, erstattete den Geschäftsbericht über das abgelaufene Geschäftsjahr 1919. Danach hat der Warenumsatz die stattliche Ziffer von 352 698 074,81 M. erreicht. Die G. G. G. wurde bei der Verteilung der Gewinne und Reichsgüter berücksichtigt und in die Verteilung der rationierten Lebensmittel mehr und mehr eingeschaltet. Nach Aufhebung der Blockade begann sie Importartikel einzuführen, soweit sie die erforderliche Genehmigung erhielt, die durch eine neu-eingerichtete eigene Berliner Vertretung vermittelt wurde. Gewürzmühle und Kaffeerösterei konnten wieder in Betrieb genommen werden. Besonders hervorzuheben sei, daß die G. G. G. preisregulierend auf dem Warenmarkt aufgetreten sei. Auch das neuangebrochene Geschäftsjahr erwies gute Aussichten, denn der Umsatz betrug im ersten Vierteljahr 1920 bereits 241 229 284,92 M.

Die Zahl der angeschlossenen genossenschaftlichen Organisationen beträgt 979. Die G. G. G. betreibt zwei Lager in Hamburg und je eines in Berlin, Götting, Erfurt, Düsseldorf, Mannheim, Nürnberg und Breslau. Weitere Lager sollen errichtet werden. Sie betreibt ferner 3 Zigarettenfabriken, 1 Kautschuffabrik, 2 Seifenfabriken, 1 Teigmüllfabrik, 1 Riffenfabrik, 1 Mehlzuckfabrik, 1 Händholzfabrik, 1 Juckerwarenfabrik, 1 Textilwarenfabrik, 1 Wärfenfabrik und eine Fabrik für die Herstellung von Möbeln und Kontoreinrichtungen. Der Wert, der in eigener Produktion hergestellten Waren beträgt zirka 28 Millionen gemäß nachstehender Aufstellung: Zigarettenfabriken 2 812 607 M., Kautschuffabrik Nordhausen 720 280 M., Seifenfabrik Götting 9 610 738 M., Seifenfabrik Düsseldorf 8 679 290 M., Händholzfabrik 1 283 694 M., Mehlzuckfabrik 300 000 M., Riffenfabrik 905 763 M., Teigmüllfabrik 4 837 147 M., Weberei und Konfektion Oppau 845 767 M., Juckerwarenfabrik 1 471 262 M., Wärfenfabrik 813 000 M., Holzindustrie 744 924 M., Geislermühle Hamburg 2 616 932 M.

Durch einstimmigen Beschluß der heutigen Tagung wurde das Stammkapital auf 20 Millionen Mark erhöht.

Der Referent wies weiter darauf hin, daß die G. G. G. eine eigene Bankabteilung unterhält, an der alle ihr angeschlossenen Konsumvereine mit großen Kapitalien beteiligt sind. In der darauf folgenden Debatte sprachen sich die Disziplinsprecher nur in anerkennender Weise über die Tätigkeit der G. G. G. aus. Auch die dem Zentralverbande angeschlossene Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine, die im Anschluß an die G. G. G.-Tagung ebenfalls ihre Generalversammlung hielt, hat eine erfreuliche Weiterentwicklung zu verzeichnen. Der Gesamtumsatz liegt im Jahre 1919 von 8 175 709 M. auf 13 808 208 M. Der Verlagsgesellschaft ist auch eine Verlegerabteilung angegliedert, welche für die Konsumvereine sowie deren Mitglieder Verzierungen aller Art vermittelt, so Eintrachts, Feuer- und Unfallversicherung u. a. m. Nach Erledigung der üblichen geschäftlichen Formalitäten wurden die Verhandlungen dieser Tagung beendet.

## Gewerkschaftsbewegung

### Verbandstag der Buchdrucker.

Rürnberg, 17. Juni.

In der gestrigen Nachmittagsitzung wurde noch ein Antrag von Prof. Kautzke angenommen, worin gegen den Entlass des Reichs-Postleiters Wiesner protestiert wird, der anordnet, daß in den Postbetriebsämtern keine gelernten Buchdrucker mehr verwendet werden sollen. Der Vorstand wird beauftragt, dagegen energig vorzugehen und die Anerkennung der tariflichen Bestimmungen für die Postbetriebsämter von der Reichspostverwaltung zu verlangen. Das gleiche wird für die Fahrkartendruckereien von der Staatsbahnverwaltung gefordert.

Eine längere Debatte rief die Austrittserklärung Bierath-Berlin aus der Redaktionskommission hervor, in der zwar anerkannt wird, daß die Kommissionsmitglieder bemüht waren, mit ihm gemeinsam praktisch zu arbeiten, aber er habe gefühlt und von Ebel-Berlin gehört, daß eine Voreingenommenheit gegen die Oppositionsresolutionen bestehe. Eine Reihe Redner bejahten Bieraths Entschluß als ungerichtet und verlangten, daß die Opposition einen Ersatzmann stelle, als solcher wurde Engelmeier-Berlin gewählt.

Der Vertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Grahnmann legt Wert darauf, einige seiner im letzten Bericht niedergelegenen Ausführungen genauer zu fassen. Er habe nicht summarisch behauptet, daß sich die Arbeitsgemeinschaften aus dem wahren Kämpfen, sie vielmehr als den unvollkommenen Ausdruck unvollkommener Verhältnisse bezeichne, als Werkzeuge gewerkschaftlicher Taktik, die man aufgibt, wenn man etwas Besseres findet, einstecken aber in unserem Interesse benützt. Das Projekt, dem Schieber- und Schleichhändler mit Hilfe der Arbeitsgemeinschaften noch einschneidender zuleibe zu gehen, habe er nicht bei Besprechung des zeitlichen relativen Wertes der Arbeitsgemeinschaften, sondern in Verbindung mit dem Betriebsratsgesetz erwähnt und erklärt, diese Aufgabe lasse sich nur mit Hilfe der Betriebsräte lösen.

Zum 8. Punkt Stellungnahme zu den Anträgen auf Abänderung des Statuts und der Verbandsbeschlüsse hält Hülle-Berlin ein eingehendes interessantes Referat über „Reuorientierung und Mitbestimmungsrecht“, das mit großem Beifall aufgenommen wird. Als die Diskussion eröffnet werden soll, entspannt sich eine längere Geschäftsordnungsdebatte über die Forderung der Opposition, mindestens zweien ihrer Redner eine längere Redezeit zu gewähren. Zuletzt wird beschlossen, einem Oppositionsredner als Korreferent eine einstündige Redezeit zuzubilligen. Als solcher spricht dann Wätjcher-Leipzig, der diese Redezeit beträchtlich überschreitet und die Grundzüge der Opposition in dieser Frage ausführlich darlegt und ein Programm für die zukünftige Organisationsfähigkeit entwirft. Er fordert u. a. das unzweideutige Bekenntnis zum Rätesystem.

Am vierten Verhandlungstage beginnt die eigentliche Diskussion, die sofort lebhaft einsetzt. Redner beider Richtungen kommen ausgiebig zum Wort. Dabei beantragt Schaffer-Leipzig eine programmatische Erklärung für einen organisatorischen Ausbau der bisherigen Tarifgemeinschaft zu einer auf gemeinwirtschaftlichen Grundsätzen ruhenden Veräufereinschaft.

## Das soziale Empfinden des „Freiheit“-Verlages.

Unter dieser Überschrift beleuchteten wir in unserer Donnerstag-Morgenausgabe das unsoziale Verhalten der Geschäftsleitung des „Freiheit“-Verlages gelegentlich der Einrichtung der eigenen Druckerei. Wie in der Notiz mitgeteilt wurde, weigerte sich die Geschäftsleitung unter allerlei herabsetzenden Redensarten, den Teil des Personals, der in der Bindenhanderei bisher mit der Herstellung der „Freiheit“ beschäftigt war, für die eigene Druckerei mit zu übernehmen. Die „Freiheit“, die sich sonst über unsoziale kapitalistische Manieren weiblich entrüstet, verschweigt ihr eigenes unsoziales Verhalten ihren Lesern wohlweislich und beantwortet unsere Notiz wie folgt:

Lügnerei-Schmierfinken. Die gestrige Morgennummer des „Vorwärts“ enthält eine Zuschrift, die, aus einem Muth von Lügen bestehend, persönliche Angriffe gegen unseren Geschäftsführer richtet. Der Inhalt der Zuschrift kennzeichnet gleicherweise ihren Verfasser, wie ihre Veröffentlichung den „Vorwärts“. Dieses Blatt wandelt damit wieder einmal, wie so oft in letzter Zeit, in den Bahnen des Reichslügenverbandes. Auf die Behauptungen der Zuschrift eingegangen, haben wir keine Veranlassung, anonyme Verleumdungen zu führen und uns nicht.

Die echte „Freiheit“-Manier! Was braucht der Leser zu wissen, um welche Tatsachen es sich handelt. Ein paar Schimpfereien sind für die „Freiheit“ allemal das beweisfähigste Argument. Ganz so ungeachtet scheint die „Freiheit“ aber durch unsere sich auf Tatsachen stützende Notiz doch nicht zu sein. Wurde doch

## Jede Diktatur bedeutet Bürgerkrieg!

Jedes rechts- oder linksradikale Regieren führt bei dem Kräftegleichgewicht der Extremen zum vollständigen Ruin. Eine reaktionäre Herrschaft würde die Arbeiterklasse nicht ertragen, eine linkssozialistische Regierung hätte nur die Wahl, entweder ebenso mit der Wirklichkeit zu rechnen, wie die „verträglichsten“ Sozialdemokraten, sich also selbst zu entlarven, oder den Ernährungsstreich des Landes gegen die Sowjetstädte zu entfesseln, wobei in den meisten Städten die Antisowjetisten die Mehrheit wären.

So wünschenswert es wäre, daß die Redenschwinger und Narkritiker einmal zeigen müßten, was sie wirklich können, so sicher ist es, daß sie alles kaputt machen würden.

Nicht durch ewiges Schimpfen, Kritkieren und Verneinen kann der Sozialismus die Volksmehrheit gewinnen, auf der allein er sicher ruht, sondern nur durch Überzeugung des Volkes von der Notwendigkeit des sozialistischen Wiederaufbaus.

Das ist

### Die Arbeit der Sozialdemokratie,

die ihren Parteevorteil, solange es nur möglich und aussichtsvoll war, hinter das Allgemeinwohl gestellt hat. Um immer größere Volksteile mit positiv sozialistischem Geist zu erfüllen, müßt Ihr, Genossen, alles tun zur

### Förderung der Parteipresse,

zum Ausgleich der schlimmen Folgen der Materialverwertung und der terroristischen Verhetzung durch immer stärkere

### Agitation für den „Vorwärts“.

Die ruhige Weiterentwicklung Deutschlands in Frieden und Freiheit zur sozialen Republik verbürgt einzig und allein die wachsende Stärke und die von uns gewollte

## wiedervereinigte Sozialdemokratie.

dem Obmann des Betriebsrates, einem Mitgliede der U. S. P., den man für den geistigen Urheber der Notiz hielt, angedroht, daß gegen ihn ein Ausschlußverfahren aus der Parteipresse eingeleitet werden würde. Es scheint ja danach um die „revolutionäre“ Meinungsfreiheit der „Freiheit“-Zeute sehr schlecht bestellt zu sein.

Um so größere Dreifigkeit gestattete sich die Geschäftsleitung gegenüber „ihren“ Arbeitern kennzeichnend dafür ist folgende Aeußerung des Geschäftsführers: „Da schickt Ihr uns zwei Hilfsarbeiter, einen A.-P.-D.-Mann und einen politisch Unorganisierten. Die können wir nicht gebrauchen, die verraten uns ja, wenn es so weit ist.“ Darauf aufmerksam gemacht, daß die Parität des Arbeitsnachweises auch für die „Freiheit“ Geltung habe, erklärte der Herr Geschäftsführer: „Wenn wir uns auf Grund unserer Wahlerfolge nicht die Extravaganzen erlauben dürfen, ruht uns die ganze Parität nicht!“

Vielleicht sorgen die Arbeiter am kommenden Sonntag bei der Wahl dafür, daß die „Freiheit“-Geschäftsleitung abkommt von dem überheblichen Gedanken, sich gegenüber Arbeiterorganisationen Extravaganzen leisten zu dürfen!

### Die Hamburger Gewerkschaftsbewegung

belauscht der soeben erschienene Bericht des Gewerkschaftssekretärs und des Arbeitersekretariats von Hamburg-Altona und Umgegend für das Geschäftsjahr 1919. Mit erfreulicher Deutlichkeit stellt der Bericht fest, daß es in Hamburg trotz aller vorgekommenen Sonderhandlungen der sozialdemokratischen Partei in Einvernehmen mit dem Gewerkschaftsrat gelungen sei, einen zuverlässigen und geraden Kurs zu steuern. Vereinzelt doch bei den Wahlen zum Großen Arbeiterrat der Städte Hamburg, Altona und Wandsbek die von der Sozialdemokratischen Partei und dem Gewerkschaftsrat aufgestellte Liste von 194 586 abgegebenen gülti-

gen Stimmen 113 719 auf sich, während der Rest von 80 847 auf die Unabhängigen, Kommunisten, Demokraten, Nationalliberalen usw. entfiel. Mit 288 von 400 zu ergebenden Mandaten hatte die Sozialdemokratie die sichere Mehrheit in ihrer Hand vereinigt.

Die Mitgliederzunahme der Gewerkschaften war im Jahre 1919 eine sehr erfreuliche. Sie betrug an männlichen Mitgliedern 117 675 und an weiblichen Mitgliedern 33 970. Das Gegenwirken der Kommunisten und Unionisten war ein glatter Reinfall. Die Gesamtzahl der Mitglieder betrug am Schlusse des Jahres 1919 in 45 dem Kartell angeschlossenen Gewerkschaften mit 65 Zahlstellen 203 090 männliche und 63 560 weibliche, zusammen 266 679 Mitglieder. Der Gesamtumsatz der dem Kartell angeschlossenen Gewerkschaften im Geschäftsjahr in Einnahme und Ausgabe einschließlich der Bestände betrug 19 124 704 M. Am 31. Dezember 1919, also am Schlusse des Jahres, verblieben in den Kassenbeständen für die Kartelle 61 123 M. sowie als Kassenbestände der Lokalkassen 2 115 140 M.

Die neugebildete Lehrlings- und Jugendbeschulungskommission des Gewerkschaftsrate für Hamburg-Altona und Umgegend soll dem dringenden Bedürfnis dienen, eine Einheitlichkeit in der Auffassung der Agitation und der praktischen Hilfe und Fürsorge für die Lehrlinge aller Berufe herbeizuführen. In Verhandlungen mit der Gewerkschaftskammer wurde bis zum Jahresabschluss wenigstens erreicht, daß in der Befreiung der Jahr der Lehrlinge in fast allen Berufen Einigung erzielt wurde. Betschlag der Lehrzeit war eine Beschulung der dreijährigen Lehrzeit in einer Anzahl von Berufen möglich. Teilweise war die dreijährige Lehrzeit schon das Beste. In der wichtigen Frage der Regelung des Lehrlingszweifens im Tarifvertrag sagt der Sozialbericht der Lehrlings- und Jugendbeschulungskommission: „Einer Regelung des Beschulungswesens im Tarifvertrag fehlt der Rechtsboden, und nur der Machtvollkommenheit der Gewerkschaften gelingt es, das Beschulungswesen im Tarifvertrag zu regeln. Ist dies aber erfolgt, so ist trotzdem die Erreichung der Rechtsverbindlichkeit unmöglich gemacht, wie eine diesbezüglich vorliegende Entscheidung besagt. Es bleibt hier nur der gesetzliche Weg einer umfassenden Regelung unter teilweiser Aufhebung der Gewerbeordnung übrig. Dieses ist nur dem beharrlichen und energischen Willen der Gewerkschaften und ihrer Vorstände und ihrer zusammenschließenden Kräfte möglich.“

### Zur Lohnbewegung in der Stahl- und Gipsbanbranche.

Die Arbeitgeber obiger Branche sträubten sich hartnäckig, den berechtigten Forderungen der Arbeiter zu entsprechen. Nachdem längere Verhandlungen zwischen den beiden Parteien zu keinem Resultat geführt hatten, wurde durch den Schlichtungsausschuß ein Schiedsspruch gefällt, der jedoch von den Arbeitgebern ohne Begründung abgelehnt wurde, obgleich der Schiedsspruch nur zu einem geringen Teile den Forderungen der Arbeiter gerecht wurde.

Um nichts unversucht zu lassen, wandte sich die Organisationsleitung am 4. Juni an der Demobilisationskommission, damit der Schiedsspruch für verbindlich erklärt werde. Bis zum 18. Juni sind die Arbeitgeber dem Erlaßten, sich über die Ablehnung des Schiedsspruchs zu äußern, nicht nachgekommen. Es hat demnach den Anschein, als ob die Arbeitgeber dem Bestreben der Organisationsleitung, auf dem Verhandlungswege zu einer Einigung zu kommen, nicht nur kein Verbot entgegenbringen, sondern alles aufbieten, um es nicht zum Abschluß eines Tarifes kommen zu lassen. Eine am Donnerstag, den 24. Juni, in Wilke Festhalle, Sebastianstr. 89, stattfindende Versammlung wird sich mit dieser Angelegenheit beschäftigen.

### Schulleute als Privatwächter.

Der Deutsche Vorkierverband schreibt uns: Trotz der herrschenden Arbeitslosigkeit werden immer noch Polizeibeamte mit der Bewachung von Klagen und Geschäftsräumen betraut. So sind in der Niederwalstr. 33 zwei Schulleute als Wächter tätig, bei der Buchdruckerei D. S. Hermann, Beuthstr. 8, führen sechs Polizeibeamte die Bewachung aus. Im Danne Lindenstr. 88 sind zwei Schulleute mit der Bewachung von Geschäftsräumen betraut. Die Tagelohnhandlung von Neumann u. Dahle, Frankfurter Allee 128/129, die Gärtnerei von Gähler, Frankfurter Allee 180, die Holzhandlung von Bahiger u. Brandt, Frankfurter Allee 181, sowie das Berliner Holzkontor, Frankfurter Allee 182/183, beschäftigen ebenfalls Schulleute als Privatwächter.

Wir fragen, wie ist es möglich, daß Polizeibeamte soviel Zeit übrig haben, um nebenamtlich eine derartige Tätigkeit ausüben zu können. Unseres Erachtens ist es dringend notwendig, daß vor allem arbeitslosen Berufskollegen Arbeit verschafft werden muß und nicht Schulleuten zu einem Nebenberuf Gelegenheit gegeben werden soll. Die Branchenleitung der Privatwächter des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes hat es sich zur Aufgabe gestellt, derartige Fälle jetzt rücksichtslos der Öffentlichkeit zu unterbreiten.

Wir erwarten, daß der Polizeipräsident ein für allemal Schulleuten im Interesse der Allgemeinheit eine derartige nebenamtliche Tätigkeit untersagt.

### Teilstreik in der Zugschleppindustrie.

Die Firma Kuhner u. Berger, Lottumstr. 9/10, weigert sich barinmäßig, die neu abgeschlossenen tariflichen Löhne anzuerkennen. Nachdem die Organisation mit der Firma verhandelt hat und keine Einigung erzielt werden konnte, treten sämtliche Kollegen und Kolleginnen in den Streik.

Es wird über den Betrieb hiermit die Sperre verhängt. Kein Kollege oder Kollegin darf dort Arbeit annehmen. Insbesondere wird die Firma verurteilt, ihre Arbeit als Heimarbeit zu verweigern. Wir bitten deshalb um weiteste Unterstützung und breitesten Bekanntheit dieser Notiz. Werde niemand zum Streikbrecher! Verband der Buchbinder. Die Branchenleitung.

**Berliner Gewerkschaftskommission.** Montag, den 21. Juni, nachmittags 6 Uhr, im Saal der Vereins- und Konzerthallen, Romanendammstr. 68/69: Plenaversammlung der Gewerkschaftskommission. Die schriftliche Einladung legitimiert.

**Kassier-Bremis.** Die noch vom Metallarbeiterstreik ausgebrochenen Kolleginnen und Kollegen treffen sich Sonntag, den 20. Juni, nach 9 1/2 Uhr, im Lokal von Bange, Wandsberg.

**Band der technischen Angestellten und Beamten.** Ortsgruppe Lankow. Mitgliederversammlung am Dienstag, 22. d. M., abends 7 Uhr, bei Weigner, Panitzsch, Schlogstr. 2.

**Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonntag mittags.** Weit bewölkt, kühl, im Westen und Nordwesten bei mäßigen nordwestlichen Winden.

**Veranst. für den 26. Juni:** Dr. Werner Besser, Charlottenburg: für Anzeigen: Dr. W. W. Berlin. Verlag: Hermanns-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermanns-Verlag G. m. b. H., Berlin. Vertrieb: Hermanns-Verlag G. m. b. H., Berlin. Anzeigen: Hermanns-Verlag G. m. b. H., Berlin.



# Schuhhaus Berlowitz

Münzstr. 24  
Erste Etage

## Damenstiefel

Hochschaff . . . 118,-  
Goodyear Welt